

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rößelstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltenen Kolonnenstelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Verbandstag der Erfüllung

Sitzungsbericht vom Verbandstag. Dritter Tag

Am Sonntag, in später Abendstunde, ist nach achtstündiger Dauer die 15. Generalversammlung unseres Verbandes durch überaus eindrucksvolle Worte des Vorsitzenden Kollegen Biskor geschlossen worden. Wie immer auch ihre Beschlüsse sich auswirken mögen, der Ruhm wird ihr immer bleiben, endlich das erfüllt zu haben, was die Besten des sozialistischen Proletariats inbrünstig ersehnen: den Anfang mit der Einigung der Arbeiterschaft. Auf der Generalversammlung haben sich die beiden stärksten Fraktionen, die mehrheitssozialistische und die unabhängige, nach jahrelanger Trennung wieder zu gemeinschaftlicher Tätigkeit gefunden. Diese neue, verheißungsvolle Arbeitsgemeinschaft wurde erleichtert durch offene Aussprache, begründet durch eine gemeinsame Entschliessung, verbürgt durch beiderseitige Teilnahme an der Leitung und Verantwortung und sie wird, das sind wir gewiss, weiterfest gemacht werden, wenn durch nichts anderes, dann durch die strenge Lehrmeisterin Not.

Der proletarischen Einigung eine breite Gasse gebahnt zu haben, ist zweifelsohne die weitest wichtige Tat der Jenaer Tagung, ein Ereignis von geschichtlicher Größe. Die Metallarbeiter haben damit der gesamten Arbeiterbewegung einen unerschätzbaren Dienst erwiesen. Er wird weiter wirken von Gewerkschaft zu Gewerkschaft, von Land zu Land. Denn wenn in der größten Arbeiterorganisation die Streitzeit begraben und ein geistiges und menschliches Gleichverhältnis zwischen den bislang habenden Brüdern hergestellt ist, muß dies segensreiche Folgen im ganzen proletarischen Lager haben. Die Metallarbeiter, allerwärts in der Vorhut der Arbeiterbewegung stehend, werden die eifrigsten Werber für die allgemeine, vollständige Einigung sein, besonders dann, wenn sich bei ihnen die zu Jena geschaffene Gemeinschaft innig und erfolgreich erweist. Diese Meinung ist Gemeingut im ganzen proletarischen Lager. Vornehmlich die ausländischen Gäste der Jenaer Tagung wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß wenn die Einigung in dem riesigen Verband der Metallarbeiter gelinge, könne die der anderen Gewerkschaften, wie der politischen Internationale nicht mehr lange auf sich warten lassen, eine Auffassung, die sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Ueber die Lebensfähigkeit des zu Jena geschlossenen Paktes mögen die Ansichten noch auseinander gehen. Die Zweifelsucht kann sich darauf berufen, daß gerade im Metallarbeiter-Verband, wo große Unterschiede in der geistigen und beruflichen Schichtung der Innigkeit des Zusammenarbeitens entgegenstünden, der Streit über Arbeitsgemeinschaft, Diktatur des Proletariats und ähnliche Dinge noch keineswegs beigelegt sei. So mag es in der Tat von außen scheinen. Der innen stehende Betrachter indes wird finden, daß die Meinungsverschiedenheiten über diese, das gewerkschaftliche Leben beschattenden Streitfragen zwischen den zwei stärksten Teilen des Verbandes beträchtlich geringer sind, als gemeinhin angenommen wird. Die öffentlichen, noch mehr aber die nichtöffentlichen Verhandlungen zu Jena haben genugsamargetan, daß man ein scharfes Ohr haben muß, um noch sachliche Meinungsverschiedenheiten in diesen Dingen zu entdecken. Damit soll nun freilich nicht gesagt sein, daß nun völlige Einigkeit in der Auffassung über Ziel und Taktik herrsche. Eine solche ist weder möglich noch wünschenswert. Allein, was heute noch zwischen den beiden Fraktionen an Meinungsunterschieden vorhanden ist, ist kaum größer als das, was innerhalb der Fraktionen besteht. Man braucht nicht lange zuzuhören, um herauszufinden, daß das die beiden Richtungen heute noch Trennende mehr aus dem Reiche des Gefühls, als aus dem des Geistes stammt. Es entstand in den Jahren des Getrenntseins, des Mangels an gegenseitigem Vertrauen. Es steht indes zu hoffen, daß auch diese letzten Schwierigkeiten der vollständigen Einigung dank der nun innigeren Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches bald beseitigt sein werden. Denn Innigkeit im Schaffen heißt nichts anderes, als sich besser kennen, sich besser vertrauen lernen.

Die Seringsfügigkeit des Meinungsunterschiedes zwischen der S.P.D. und der U.S.P.-Mitgliedschaft zeigt eine Gegenüberstellung der Reden der beiden Seiten. An dem Wesensinhalt der Reden des Kollegen Dismann fanden die Wortführer der S.P.D.-Kollegen kaum etwas auszusagen. Gewiss hatten sie letzteren Stoff zur Kritik zur Hand, doch betraf er weniger grundsätzliche als Mängel oder Einseitigkeiten der Verwaltung, wozu noch Hinweise auf den — an sich erfreulichen — Wandel der Haltung der Verbandsleitung kamen. Ein solcher Stand der Dinge mußte, wie leicht begreiflich, die Lust zur Einigung noch stärker werden lassen.

Wie wenig die Ansichten der zwei größten Fraktionen noch auseinandergehen, läßt ein Vergleich ihrer Entschliessungen, die von den Richtlinien für die künftige Verbandsaktivität handeln, klar erkennen. Der wesentliche Inhalt beider weist eine auffällige Gleichartigkeit auf. Ihre Unterschiede sind mehr stilistischer, denn grundsätzlicher Art. Was die der U.S.P.-Kollegen in artikelmäßiger Breite erklärt, sagt die der S.P.D.-Mitglieder in einer beschränkteren Zahl von Lapidarphrasen. Ein derartiger Gleichklang der Auffassungen drängte geradezu nach einer gemeinschaftlichen Entschliessung und ließ dann die Verständigung in kurzer Unterhaltung zustandekommen. Wäre etwas mehr Zeit zum Ausgleichen der Stilverschiedenheit vorhanden gewesen, in der vom Verbandstag mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschliessung wäre nichts zu entdecken, was erkennen läßt, daß sie aus zwei Fraktionen stammt.

Es ist diesmal noch nicht gelungen, die kommunistische Fraktion in die Gemeinschaft der mehrheitssozialistischen und unab-

hängigen Kollegen einzubeziehen. Noch nicht! Damit soll gesagt sein, daß das über den gegenwärtigen Wortstreit hinausschauende Auge den Tag schnell näherkommen sieht, wo auch die Schranke zwischen der linken Fraktion und den zwei andern fällt. Das hierfür eine Möglichkeit überhaupt zu erblicken sei, ist bis zu den Tagen von Jena sicherlich auf allen Seiten bestritten worden. Die Verhandlungen der Generalversammlung indes haben hierin eine Meinungsänderung vollzogen. Die kommunistischen Kollegen, sicherlich die nach Jena delegiert waren, haben sich besser gezeigt, als ihr Ruf. Gewiss haben sie ihr gutes Recht, ihre Stellung mit aller Leidenschaft zu verteidigen, ausgeübt, aber ihre Nebenlieben glücklicherweise den rangigen, unkollegialen, abstoßenden Unterton vermissen. Durch ihre in Ton und Haltung betätigte Mäßigkeit haben sie zweifelsohne der bisherigen Trennungslinie viel von ihrer Schärfe genommen. Und wenn sie es fertig brächten, künftig ihre Versammlungen und Zeitungen auf den zu Jena angeschlagenen Ton zu stimmen, so daß die Auseinandersetzung mit ihnen nicht mehr zu den nur widerwillig betriebenen Geschäften gehört, dann wird, wie bestimmt anzunehmen ist, die Verbindung, die zu Jena anzuknüpfen versucht werden konnte, bald zu einem besseren Verhältnis mit der weiter rechts stehenden Kollegenchaft führen. Daß dies der letztere heißer Wunsch ist, wurde in Jena durch zahlreiche Äußerungen bestätigt.

Die zu Jena gemachten Versuche, in ein besseres Verhältnis zu den kommunistischen Kollegen zu kommen, sind sehr nachhaltig durch ihren Versammlungston gebindert worden, noch mehr aber durch die Richtlinien ihres letzten Parteitag für die gewerkschaftliche Tätigkeit, die neben viel ähnlichem bestimmen: „Jede (Gewerkschafts-)Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden, wie jedes einzelne Parteimitglied.“ In der Antwort auf die Anfrage des Kollegen Kummer, klar zu erklären, wie jene Vorschrift zu verstehen sei, hat die kommunistische Fraktion erklärt, daß jene Richtlinien die kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern nicht verpflichten, Statuten oder Beschlüsse des Verbandes zu durchbrechen. — Diese Erklärung hat gewiss einen guten Eindruck gemacht, wenn er auch nicht stark genug war, die Thomas'sche Ungläubigkeit zu bannen. Dies zu vollbringen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der künftigen kommunistischen Gewerkschaftstätigkeit zu sein haben. Je eher dies gelingt, desto schneller werden die Bestrebungen aus Ziel kommen, die das zu Jena nur zwischen den beiden rechten Fraktionen zustandekommene Gemeinschaftsverhältnis auch auf die kommunistische Kollegenchaft auszuweihen wünschen. Desto eher wird die völlige Einigung im Metallarbeiter-Verband zur Tatsache werden.

Daß für eine solche Einigung bei den zwei rechten Fraktionen eine lebhafteste Neigung vorhanden ist, wurde von der Tribüne des Verbandstages herunter deutlich gesagt. Der gleiche Wunsch ist, sofern mehrfache Mitteilungen nicht trügen, auch in kommunistischen Kollegenkreisen, wenn auch weniger allgemein, vorhanden. Hier mag die Verallgemeinerung des Wunsches durch prinzipielle Gegenätzlichkeit, seine deutliche Offenbarung durch parteipolitische Rücksichtn hindert werden. Die Beseitigung dieser Hindernisse kann man zum guten Teil getrost der nächsten Zeit überlassen. Wie die beiden letzten Jahre, so werden sicherlich auch die zwei nächsten eine tiefgehende geistige Umschichtung im Sinne der Annäherung, der Einigung vollziehen. Es bedarf keinerlei Prophetenrede, um vorauszusagen, daß bis zum nächsten Verbandstag der Wechselall des politischen und wirtschaftlichen Geschehens das Verhältnis mit der kommunistischen Kollegenchaft anders, besser gestaltet haben wird. Ein sehr wünschenswerter, sehr begrüßenswerter Wandel. Denn wir brauchen die kommunistischen Kollegen ebenso dringend, als sie uns. Erst das innige Zusammenwirken aller ehrlichen sozialistisch-gewerkschaftlichen Kräfte verbürgt den Sieg der gemeinschaftlichen Sache.

Neben der großen geschichtlichen Tat, der Zusammenführung der zwei stärksten Fraktionen zu gemeinsamer Arbeit, hat der Verbandstag noch eine reiche Fülle von Aufgaben erledigt. Es braucht nur an die Statutenänderungen, an die zeitgemäße Umgestaltung des Beitrags wie des Unterstützungsweises, an die Menge der Beschwerden und die Hunderte von Anträgen erinnert zu werden, um sich von dem Fleiß der Delegierten und dem glatten Verlauf ihrer Tätigkeit zu überzeugen. Welch hohes Maß von Selbstbescheidung, Disziplin und Anstrengung vorhanden war, um die Tagesordnung, beispiellos in ihrer Fülle und Vielgestaltigkeit, in acht Tagen zu erschöpfen, läßt der Hinweis auf die bislang ungekannte Kopfstärke der Generalversammlung leicht ahnen. Ein Parlament von 780 Abgeordneten, das sich durch Funktionäre und Gäste auf fast tausend Köpfe vermehrt, acht Tage lang bei fleißigem Schaffen und in musterhafter Ordnung zu halten, ist ein Erfolg, der der deutschen Metallarbeiterchaft das allerbeste Zeugnis ausstellt. Nur unerschütterlicher Wille, in großer Zeit Großes zu vollbringen, vermag dergartiges zu leisten. Es ist nicht zum wenigsten der prächtige Verlauf dieses Verbandstages, was neue, schönere, größere Hoffnungen entstehen läßt. Eine Klasse, die solches zu vollbringen imstande ist, hat den Befähigungsnachweis für höchstes Können erbracht. Sie wird sicherlich das zu Jena glücklich begonnene Werk der Einigung vollenden. Und mit einer endlich wieder vereinten, endlich wieder innig zusammenstrebenden Arbeiterschaft wird das Erreichen eines lichteren Lebens verhältnismäßig leicht sein.

Auf dem Wege dahin war und ist der Verbandstag von Jena eine Dase, wo neue Hoffnung, neue Kraft, neue Siegesgewißheit geschöpft wurde.

Die Vormittagssitzung wurde durch das Referat Dismann zum Vorstandsbericht ausgefüllt.

Dismann: Kollegen und Kolleginnen! Als der letzte Verbandstag in Stuttgart den neuen Vorstand wählte, wußten wir, daß wir mit dem Auftrag des Verbandstages, eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen hätten. Wir wußten das um so mehr, da uns bereits vor und während der Wahl von den verschiedensten Seiten des damaligen Verbandstages auseinandergesetzt worden ist, daß die Tätigkeit des neuen Vorstandes mit schärfer kritischer Sonde beobachtet würde. So wie wir den Stuttgarter Verbandstag und die geschichtliche Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung betrachten müssen im Lichte der historischen Geschehnisse, so haben wir auch bei der Prüfung des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes voranzustellen, unter welchen Zeitereignissen und Verhältnissen sich die Tätigkeit des Vorstandes im Laufe der letzten zwei Jahre entfalten konnte. Als wir in Stuttgart beisammen waren, schien noch einigermaßen geschäftliche Prosperität zu herrschen, doch schon damals waren für den Entfernenden sehr deutlich die Zeichen eines Abfluges zu beobachten. Weltpolitisch die Verhältnisse außerordentlich ungeläutert, bauende Differenzen und, was nicht unbeachtet bleiben darf, ein Niederhalten und außerordentliche Erschwernungen der deutschen Wirtschaft durch die Regierungen der sogenannten Siegerstaaten. Der wirtschaftliche Niedergang offenbarte sich am deutlichsten in der ersten Hälfte des Jahres 1920. Aber auch wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch sehen wir eine rückläufige Bewegung nach der Revolution, keine Entwicklung im freiheitlichen Sinne in Preußen-Deutschland, sondern die gegenwärtige Entwicklung hat sich bis zum heutigen Tage fortgesetzt. Um die Jahreswende 1919/20 setzte eine gewaltige Lohnsenkungswelle ein. Die Organisation wurde, um nur das Wichtigste zu erwähnen, für die Kollegen zu erschweren, zu bauenden Verhandlungen und Kämpfen gezwungen. Es steht in der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzig da, in welchem Umfang unsere gesamten Verbandsfunktionäre tätig sein mußten, um im ersten Halbjahr 1920 dauernd für die Arbeiterinteressen einzutreten. Die Last zur Unterzeichnung der einzelnen Abkommen war in vielen Fällen noch nicht trocken, und schon mußte bereits wieder die Forderung des loebten getroffenen Abkommens eingereicht werden. Auch nach dem Einsetzen der Krise blieb ein lebendiger Wellenschlag der Bewegungen, fortlaufend bis zur Stunde, nur in etwas veränderter Zeitumfängen.

Die Krise zeigte uns aber auch im internationalen Zusammenhang, daß wir nicht Halt machen konnten an den Grenzen Deutschlands. Wir mußten versuchen, in der Förderung internationaler Beziehungen an unsere Kameraden im Ausland über den Internationalen Metallarbeiterbund an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder heranzukommen. Wir werden Ihnen den Beweis bringen können, daß der Vorstand getan hat, was er tun konnte, um neben den Pflichten im Lande selbst auch die internationalen Aufgaben nicht zu vergessen. Weltpolitisch und wirtschaftspolitisch konnten wir nicht vorübergehen an den Parteien, die das deutsche Wirtschaftsleben und in der Folgezeit natürlich die Arbeiterkassen trafen, verursacht durch den Gewaltfrieden von Versailles und von St. Germain, durch das Spa-Abkommen und durch die Reparationsforderungen, die im Mai d. J. zwangsweise von der Mehrheit des deutschen Reichsparlamentes akzeptiert werden mußten. Wir mußten uns auch mit diesen Fragen ernst beschäftigen sowie mit dem Druck, der auf dem deutschen Wirtschaftsleben lastete durch die weitere Besetzung deutscher Städte, neue Zollgrenzen, die Zwangslage in Oberschlesien usw. Die Wirtschaftskrise hält bis zur Stunde an. Ein latenter Zustand fast — in den letzten Monaten scheinbar eine kleine Aufbesserung. Aber der Schein trügt, und wir werden uns in naher Zukunft auf sehr ernste Erschütterungen gefaßt machen müssen. Jetzt sehen wir eine neue gewaltige Welle der Lohnsenkung. Unsere Kameraden stehen überall in Bewegungen. Jeder Tag zeigt uns eine anschwellende Riffer der im Kampf Befindlichen. Die Unternehmungen sind weit davon entfernt, trotz des zwingenden Nachschlusses einer erheblichen Zunahme der Lohnsenkung, den berechtigten Forderungen unserer Kollegen irgendwie zu entsprechen. Und inmitten dieser wirtschaftlichen Wellenschläge im Lande wie international sehen wir in der verflochtenen Geschäftsperiode innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung sehr ernste Erscheinungen, denen der Vorstand einen nicht unwesentlichen Teil seiner Tätigkeit widmen mußte. Wir waren im neuen Vorstand noch kaum in Tätigkeit getreten, da setzte ein erster Kampf ein um die Zusammenfassung der Betriebsräte, ein Streit, der das ganze Jahr 1920 in Anspruch nahm. Wenn er im Interesse der Gewerkschaften abgeschlossen wurde, so glauben wir, Ihnen nachweisen zu können, daß nicht zuletzt der Vorstand mit dazu beigetragen hat, bei diesem ersten Zerwürfnis der Gewerkschaften einen Ausgang zu sichern, der ihren Interessen entsprach. Noch war der Kampf um die Betriebsrätefrage nicht abgeschlossen, da setzte ein erneuter Wellenschlag ein unter der Kampffarole: Moskauer oder Ant Moskauer Streitfrage, die nicht abgeschlossen ist und die den Verbandstag sehr ernsthaft beschäftigen muß. Der Vorstand mußte, entsprechend der Größe unserer Organisation und angesichts der Tatsache, daß diese beiden großen Streitfragen in erster Linie innerhalb unseres Verbandes ausgetragen wurden, daß unsere Organisation das Operationsfeld für all diese schweren Differenzen war, alle Kräfte mit den Funktionären im Lande einsetzen, um die Einheit des Verbandes aufrechtzuerhalten.

Die erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf im Interesse der Arbeiter ist die innere Organisation zu festigen und auszubauen. Die Mitgliederzahlen allein sind noch kein Beweis für die Schlagkraft der Organisation, sondern es kommt in erster Linie darauf an, der inneren Organisation die Elastizität, die Bewegung zu geben, die uns in die Lage versetzt, die höchsten Kräfte der Organisation im Kampf für die Arbeiter auslösen zu können. Dabei ist die Voraussetzung das innigste Zusammenarbeiten aller Teile der Organisation. Letztere zu fördern, hat der Vorstand als seine vornehmliche Pflicht betrachtet. Wenn wir uns auf dem Stuttgarter Verbandstag ernsthaft auseinandersetzen mußten, so ist doch das eine selbstverständliche: Haben wir uns ausgesprochen, sind die Entscheidungen gefallen, dann muß alles getan werden, um die gesamten Kräfte im kollegialen Zusammenwirken zu erfassen, um der gemeinsamen Sache zu dienen. (Sehr richtig!) Wir haben das getan, und ich glaube nicht, daß dem Vorstand ernsthaft der Vorwurf gemacht werden kann, daß wir nicht im Vorstand selbst wie mit den Bezirksleitungen und den Ortsvereinigungen ein kollegiales enges Verhältnis aufrecht erhalten hätten. Wir waren ernstlich bemüht, nicht nur dieses formale kollegiale Verhältnis zu sichern, sondern wir sind bestrebt, wie in den besseren alten Zeiten der neunziger Jahre, auch eine etwas menschlichere Annäherung

aller Mitglieder der Organisation herbeizuführen. Das wird der Organisation selbst und ihrem Wirken nur zum großen Vorteil dienen können. (Sehr richtig!)

Im Laufe der letzten Jahre konnte oftmals nicht alle Arbeit befristet werden. Wir haben im Hauptbüro eine Reihe von einzelnen Abteilungen in der letzten Geschäftsperiode geschaffen, zunächst für die Jugendlichen und Lehrlinge. Der Frage der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge ist vom Deutschen Metallarbeiter-Verband volle Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn wir einige Hunderttausende jugendliche Mitglieder zu verzeichnen haben, eine Zahl, die weit hinausgeht über die Zahl der Mitglieder der meisten deutschen Gewerkschaften, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt sind, so müssen wir diesen Hunderttausenden auch gerecht werden, und zwar im Rahmen der Gesamtorganisation. Dabei kann man sehr wohl in der Erfüllung besonderer Aufgaben auch besondere Veranstaltungen und Einrichtungen treffen. Wir müssen mit einer gesunden Fortentwicklung der Gewerkschaften der Jugend die Kenntnisse realer Tatsachen beibringen, die Kenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Aufgaben der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung schlechthin, nicht zuletzt auch Kenntnisse auf dem Gebiete der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Internationalen. (Sehr richtig!)

Soweit den Anregungen des letzten Verbandstages entsprechend weitere Abteilungen für Volkswirtschaft und für das Bildungswesen vom Vorstand geschaffen worden sind, sind diese Einrichtungen vom erweiterten Beirat wie vom Reichsbeirat der Betriebsräte übereinstimmend aufs freudigste begrüßt worden. Gern hätten wir bereits früher eine Volkswirtschaftliche Abteilung geschaffen, waren aber daran durch eine Reihe von Umständen verhindert. Einzelstagen der Wirtschaft, wie die Entwicklung der großkapitalistischen Konzerne und andere Erscheinungen des Kapitalismus, sollen von der Volkswirtschaftlichen Abteilung, wenn nicht durch Artikel, dann in Broschürenform, kurz und knapp gefaßt, dem einfachsten Arbeiterleser verständlich, den Kollegen übermittelt werden.

Im Bildungsweesen muß von Grund auf gearbeitet werden. Wir planen Bildungsstufen und Veranstaltungen von Ort zu Ort auf möglichst einheitlicher Grundlage. Anschließend daran muß sich der weitere Aufbau vollziehen. Wir wollen nicht etwa einen Künzberger Erzieher anwenden, ein geistig regliches Leben läßt sich nicht in spanische Stiefel einschmüren, aber ein gewisses System und ein einheitlicher Plan muß örtlich aufgebaut und bezüglich zentral entwickelt werden. Das organische Zusammenwachsen der einzelnen Abteilungen, Volkswirtschaftliche Abteilung, der Bildungsabteilung und weitergehend der Betriebsratsabteilung mit besonderen Arbeiten für die einzelnen Industriezweige und Berufe, die Errichtung einer eigenen Abteilung für Jugendfragen und die Anstellung eines besonderen Sekretärs, die Herausgabe einer Jugendzeitung usw. sollen dem Ganzen eine wesentliche Förderung bringen.

Seit vorigem Jahre haben wir ein besonderes Organ, die Betriebsräte-Zeitschrift, herausgegeben. Im Hauptbüro sind Kräfte für die speziellen Fragen der Betriebsräte angestellt worden. Alle Urteile, Verordnungen usw. aus dem Reich werden gesammelt und das Wichtigste den Kollegen wieder zur Kenntnis gebracht. Der Verkehr aus dem Lande zur Zentrale nimmt jeden Tag gewaltig zu. Die Zunahme der Postlein- und -ausgänge ist dafür nur ein zahlenmäßiger Ausdruck.

Wir haben uns früher oft mit dem weiteren inneren Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes beschäftigt. Nach unserm Statut sind wir eine Industrieorganisation und gleichzeitig eine Berufsorganisation im weiteren Sinne. Als Berufsorganisation erheben wir nach geltendem Gewerkschaftsrecht darauf Anspruch, die geltenden Metallarbeiter in anderen Industrien als unsere Mitglieder zu haben (Sehr richtig!), andererseits fordern wir, daß die in der Metallindustrie Beschäftigten unserer Organisation sind, soweit nicht nach gewerkschaftlichem Recht einzelne Berufsverbände auf einen engeren Kreis ihrer Fachkollegen bis zur Stunde Anspruch erheben können. Ich muß jedoch mit Nachdruck betonen, daß es wie in den letzten Jahren nicht weitergehen kann. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, zur wirksamen Wahrung der Interessen unserer Kollegenchaft darauf zu achten, daß unsere Reihen einheitlich und geschlossen sind.

So soll es hin, wenn der grobe Unfug der letzten Jahre so wiederholt beim Lesen der früheren Verbandstagsprotokolle mich auf eine Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Verbandes der Feiler und Maschinenisten, der in Dresden erklärte: Barier noch eine kurze Zeitspanne und wir kommen alle zu Euch. Heute steht es aus einem andern Loch! (Sehr richtig!) Ginge es nach dem Verband der Feiler und Maschinenisten, so würde der Auffassungsprozeß noch so weit fortgesetzt, daß aus dem Metallarbeiter-Verband ein wesentlicher Teil herausgezogen würde. Der Feiler- und Maschinenistenverband — das sage ich mit allem Nachdruck — organisiert in Hannover Maschinen, Schmiede, Maschinenfabriken usw. nicht nur Feiler und Maschinenisten, die zu ihnen gehören könnten, sondern er dehnt diesen Begriff so weit aus, daß er zu einer Begriffsverwirrung geworden ist, die uns zum schwersten Nachteil wird. Dieser Verband erhebt jetzt die Forderung nach einer Industrieorganisation. Erhält er sie, dann will er die Arbeitsstätte der Eis-, Wasser- und Elektrizitätswerte und alles, was damit zusammenhängt, zu sich ziehen.

Kommen wir zur allgemeinen Industrieorganisation, dann müssen wir in alle anderen Industrien abgeben, die nicht zur Metallindustrie gehören. Wir haben aber viele Tausende zu bekommen, die in der Metallindustrie beschäftigt sind.

Der Deutsche Eisenbahnerverband ist der Meinung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den Eisenbahnerkreisen für seine Berufsangelegenheiten nicht zuständig ist. Wir vertreten den entgegengekehrten Standpunkt, daß die Metallarbeiter dort unsere Berufs Kollegen sind und weil ihre Tätigkeit mit der Arbeit der Kollegen in der Privatindustrie, sei es in der Reparatur der Eisenbahnfahrzeuge oder deren Neubau, aufs engste zusammenhängt und nicht getrennt werden kann. Wir haben deshalb von Mitgliedern in den Eisenbahnerkreisen gehalten. Noch vor einigen Monaten trat der Bund Deutscher Eisenbahnarbeiter zu unserer Organisation über. Der Eisenbahnerverband hat es abgelehnt, uns als gleichberechtigtes Mitkollegen beim Tarifvertrag für die Eisenbahnerkassenmitglieder zuzulassen. Im Laufe der letzten Monate ist uns aus bestimmten politischen Kreisen zum Vorwurf gemacht worden, daß wir uns der Unterstützung der Kollegen in den Eisenbahnerkreisen annehmen. Da waren dazu gewisse Gründe, unsere Kollegen haben es verdient. Die letzte Reichstagskommission der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen der Eisenbahnerkreise hat uns ein solches Anerkenntnis gebracht, nämlich den ersten Vorwurf, daß wir zu lange gewartet hätten. In der kommunistischen Presse hieß es: Warum sucht man Jagdgründe in den Eisenbahnerkreisen. Wir brauchen keine neuen Jagdgründe, wir haben an den Kollegen genug. (Sehr richtig!) Es heißt hier aus, die Pflicht der Organisation erhebe, und dazu gehört die Wahrung der Interessen unserer Kollegen, wo es auch sei.

Der Jahresbericht berichtet von 10 Reichstagskommissionen aus dem Jahre 1920 für die einzelnen Berufs- und Industriezweige. Daneben lagen eine Reihe von Kaufverträgen der einzelnen Berufs- und Industriezweige in der einzelnen Berufe. Wir haben versucht, sowohl den einzelnen Kaufverträgen die Berufsgruppen soweit wie möglich zu entsprechen und werden dazu fortsetzen. Neben den Reichstagskommissionen für die Berufs- und Industriezweige haben wir in den einzelnen Berufsgruppen Kommissionen für die Betriebsräte eingerichtet. Wir haben an dem ersten Reichstagskongreß der Betriebsräte Deutschlands teilgenommen und sind im U.S.V. und A.S.V. und sind dort für die Interessen unserer Kollegen wie der gesamten Arbeiterbewegung tätig.

Die große Zahl der Kämpfe, größer als je, die Zahl der Betriebe, die Zahl der Beteiligten zeigen Ihnen unser Bestreben für die Mitglieder im vorliegenden Jahre. Jeder in Stuttgart noch auf halbem Wege befindliche haben wir eifrig darüber geschrieben, wie wir den Kampf zu führen haben. Gingen die Meinungen auseinander — es entstand ein einziger Kampf in Mannheim, bei dem die Metallarbeiter und ein anderer Streik —, dann war es über die einschlagende Zeit, kein Streit aber war darüber, daß es zu der Aufgabe der Gewerkschaft gehört, daß der Streik der Arbeiter im Reich, im Gegensatz wie im Reich bei den Landarbeitern nach besten Kräften

von den Gegnern unserer Gewerkschaftspolitik ist gesagt worden, die Einzelbewegungen führten zu nichts, es sei für die Arbeiter nichts erreicht worden. Man müsse von der Einzelbewegung, in der die Arbeiter nur verbüßten, zu Massenaktionen kommen. Eine solche Behauptung, die täglich aufgestellt wird, eine solche geistliche Nahrung auf unmaßnahen Behauptungen muß die Interessen der Organisation und das empfindlichste schädigen. Ich empfehle den Verbandskollegen dringend, den Jahresbericht 1920 zur Hand zu nehmen und den Kollegen ihrer engeren Richtung einmütig wahrheitsgemäß darzulegen, um ihnen zu zeigen, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband für seine Mitglieder getan hat.

Ich begnüge mich mit Zahlen und stelle folgendes fest: Der Metallarbeiter-Verband hat im Jahre 1920 in 4131 Fällen mit 75 573 Betrieben und 4 676 520 Beteiligten Lohnbewegungen und Kämpfe durchgeführt. In 501 Fällen kam es zum Streik oder Aussperrung. In 40 Fällen waren über je 1000 Personen beteiligt. Der Metallarbeiter-Verband hat allein für Streikunterstützung im Jahre 1920 29 336 849 M. ausgegeben. (Hört, hört!) Wie kann dann noch jemand behaupten, der Deutsche Metallarbeiter-Verband hätte für Kämpfe seiner Mitglieder nichts ausgegeben oder getan? (Sehr gut!) Am Jahreskongreß 1920 bestanden in der Metallindustrie 1344 Tarifverträge mit 33 239 Betrieben und 2 000 289 Beschäftigten. Will jemand hier auf dem Verbandstag behaupten, es liege nicht im Interesse der Arbeiter, wenn wir den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen in der Metallindustrie eine sichere Unterlage zu geben versuchen?

Diese Kämpfe kann man nicht schablonisieren. Das ist uns nie eingefallen. Der Kampf im einzelnen richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Wir fordern nicht: Kampf um jeden Preis, und noch viel weniger: Kein Kampf unter allen Umständen! (Sehr gut!) Wir entscheiden mit unsern Verbandskollegen, ob die Situation zum Kampf drängt oder nicht. Danach wird gehandelt, soweit die Kräfte der Organisation reichen.

Nun fragt man: Was ist denn erreicht? Der Reallohn ist trotz der Lohnerhöhungen gesunken! Neue ungeheure Steuerbelastungen sind eingetretten und ebenso Arbeitslosigkeit! Es ist nicht zu bestreiten, daß der Reallohn der Arbeiter gesunken ist. Wir konnten ihn gegenüber den Steuerbelastungen nicht gleich hochhalten. Es wird gesagt, die Gewerkschaften hätten versagt. Ich sage nein. Die Verhältnisse der letzten anderthalb Jahre, die uns wirtschaftlich aufgezogen sind und durch den Gewaltsfrieden von Versailles entscheidend beeinflusst waren, haben wir als Deutscher Metallarbeiter-Verband nicht allein hindern können.

Wenn ich das selbst halte, so frage ich umgekehrt: Wo wären die deutschen Arbeiter und die deutschen Metallarbeiter geblieben, wenn sie keine Gewerkschaften gehabt hätten? (Sehr gut!) Ich wundere mich oft darüber, wie eigene Verbandskollegen, die selbst mit aktiv tätig sind, weil ihre Füße in engen Pantalon stecken, dazu übergehen, draußen Lag für Tag die Gewerkschaft in Grund und Boden zu zerren und mit Dreck zu bewerfen, an der sie selbst mitarbeiten. (Sehr gut!) Das ist ein verkehrtes Beginnen. Sachliche Kritik in Ehren und ich bitte eindringlichst: Wer uns in der Führung der Tageskämpfe bessere Wege zeigen kann, soll es auch auf dem Verbandstag tun. Wir sind für alle brauchbaren Vorschläge dankbar.

Von bestimmter Seite werden zur Erhöhung des Erfolges zentrale Verhandlungen gefordert. Wir haben Verhandlungen zentraler Natur nicht etwa gesucht. Ich kann Ihnen aus der Praxis mit den Kollegen, die mitverhandelt haben, den Nachweis bringen, daß bei den zentralen Verhandlungen — und in den Bezirken und Orten ist es nicht anders — der Erfolg abhängt von zwei Faktoren: Das Entgegenkommen der Arbeitgeber ist eingestellt je nach der Wirtschaftslage der Industrie und zum zweiten aber nicht zuletzt nach dem realen Machtfaktor, den wir repräsentieren. Jeder Verbandsfunktionär, der in der letzten Geschäftsperiode Verhandlungen pflegen mußte, wird mich bestätigen, wieviel tausendmal haben unsere Funktionäre bei den Verhandlungen bitter durchkosten müssen, mit welcher sattem Hohn die Arbeitgeber nach dem Scheitern der Verhandlung innerhalb der Gewerkschaften (Zuruf: Arbeitsgemeinschaft!) Ich komme auf die Arbeitsgemeinschaft zu sprechen. (Zuruf: Was sind die Kollegen!) Ich will über das Unparlamentarische des Zuzugs nicht streiten, denn wir sind an viel bessere Kostproben gewöhnt in den letzten Jahren. (Sehr gut!) Ich bitte aber, daß wir nachher der sachliche Gegenbeweis entgegengestellt wird. Wir haben uns Anfang des vorigen Jahres in monatelangen Verhandlungen bemüht, eine Arbeitsordnung für die deutsche Metallindustrie zu schaffen. Meine Kollegen werden mich bestätigen können, was wir tun konnten, um in monatelangen, schwerem und bitterem Ringen die Arbeitsordnung einigermaßen erträglich zu gestalten, ist geschehen. Einz war aber das Bedauerliche: Die Unternehmer haben einen viel besseren Informationsdiensts als wir und sie haben uns aus dem Lande leider Material beigebracht, von dem ich nur hätte wünschen können, daß wir es als unrichtig hätten zurückweisen können. Wir haben dann mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller verhandelt über die Richtlinien zur Einstellung und Entlohnung von Arbeitern und über die Rechte der Betriebsräte. Ein Abkommen war nicht möglich. Die Parole der Unternehmer ist: Abbau der Arbeiterrechte, nimmermehr aber ein weiteres freiwilliges Zugeständnis, es sei denn, wir haben die Macht dazu. Wir werden die Macht der Organisation gebrauchen können, je mehr Schulung unter den Gesamtkollegen der Organisation vorhanden ist. Wir haben dann verhandelt, über die Lehrlingsfrage zu verhandeln. Wir haben immer wieder Verhandlungen gefordert, um zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Die Unternehmer haben zunächst ausweichend geantwortet. Dann haben sie uns erklärt: Warte, wo sind die Wirtschaftslage im Reich, liegt uns Material vor. Wir haben Anfang dieses Jahres eine Statistik über die Lehrlingszählerei aufgenommen, über die Bezahlung der Lehrlinge, die Arbeitszeit u. a. Wir haben einen Berg von Material dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller geschickt. Ich habe mich dann immer wieder bemüht, mit dem Verband in neue Verhandlungen zu kommen. Die Herren sind immer noch dabei, das Material nachzuprüfen, und sie weisen uns hin auf den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die eingesezte große zentrale Kommission zur Behandlung der Lehrlingsfrage. Sie sagen: Warum Verhandlungen in der Metallindustrie, wo diese große allgemeine Kommission eingesetzt ist? Wir behaupten ausdrücklich, daß die zentralen Verhandlungen in der Lehrlingsfrage mit dem A.D.G.B. seit Jahr und Tag nicht vom Fleck kommen. Das ist für uns außerordentlich schädlich insofern, als wir dadurch verhindert sind, in der Lehrlingsfrage für die Metallindustrie etwas Besseres zu tun.

Auch in anderen Fragen hat sich der Vorstand bemüht, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Ich weise hin auf die ersten und vielmonatigen Bemühungen, die wir in diesem Jahre in den einzelnen Kommissionen der Eisenbahn-Tarifkommission zu verzeichnen hatten im Interesse der Tarifarbeiter. Ich weise hin auf die Bemühungen im Reichsverkehrsministerium für die etwa 500 Betriebe der Privatindustrie, die Arbeiter für die Reichsverkehrsverwaltung beschulen, ich weise hin auf die Bemühungen und viele Einzelbemühungen bei den einzelnen Organen und Regierungsstellen, um den Interessen der Kollegen zu dienen. Wir wagen mit allem Nachdruck und aller Ehrfurcht unsere Interessen wahrzunehmen und Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Denn es ist ein Zweifel: Nicht die Arbeiter sind es, die bis zur Stunde in den Regierungen, in den Reichstagen ein Einfluß gewonnen haben, sondern je der Revolution setzen wir, daß die Arbeitgeber lediglich auf Einfluß zumeilen. (Hört, hört!) Ich verweise auf einige Episoden. Wir haben im Reichsverkehrsministerium in der Frage der Arbeitslosigkeit Kommissionen, ebenso in den einzelnen Eisenbahnerkreisen. Wir haben sechs, sieben Verhandlungen notwendig gehabt, bis die Kommissionen zustande kamen. Die Arbeitgeber lehnten es ab, für die Eisenbahnerkreise mit den Arbeitgebern solche Kommissionen zusammenzusetzen, und sie lehnten allerdings ab, daß die Arbeitervertreter Einfluß bekommen in die Verteilung der einzelnen Aufträge. Ich bin neugierig, wie der Reichsverkehrsminister diesen Konflikt auflösen wird. Wir sagen: Die Gelder, die vom Reichsverkehrsminister verwaltet und verwandt werden, sind Gelder der Allgemeinheit, und wenn es sich darum handelt, der Kräfte zu sparen, Arbeiterinteressen zu dienen, dann verlangen wir großes Recht. Die Unternehmer

brauchen die Kommissionen nicht, die wissen sowieso, was gepfe wird, sie sind überall dabei, aber wir möchten das gleiche Recht. Wenn Sie fragen: Woher kommt es, daß die Arbeitgeber einen größeren Einfluß ausüben als die Arbeitervertreter? So hängt das mit zwei Faktoren zusammen, die wir bei allen Verhandlungen feststellen können. Es ist einmal die reale Macht. Haben Sie diese nicht? Sie die reale Macht, dann stellen Sie dem ein zweites Recht. Sie das ist Wissen. Der alte Wirtschaftskennner hat gesagt: Wissen ist Macht. Das ist richtig und die Wirtschaftskennner sind für uns das Allerwichtigste. (Sehr wahr!) Wer zu verhandeln hat, ob in den Gewerkschaften, ob als Arbeitervertreter in den Kommunen, im Staat, Wo oder irgendeinem Parlament, der weiß, daß die Arbeitervertreter haben in so vielen Fällen versagen müssen, weil ihnen die richtigen Kenntnisse fehlen. (Sehr wahr!) Darum unterstützen Sie uns unseren Bestrebungen, unseren Funktionären Wirtschaftskennner zu übermitteln.

Ich komme nun zur zweiten Partie der Führung von Kämpfen zur Förderung der Massenaktion. Unterscheiden wir zwei: einmal Massenaktionen zur Führung von Wirtschaftskämpfen, zur Förderung gewerkschaftlicher Ziele, und das andere Mal: Massenaktionen von politischer Art ausüben zu können, sei es, um durch Aktion bestimmte politische Forderungen durchzubrühen oder darüber hinaus der Arbeiterklasse die politische Macht zu sichern. Es muß uns vorgeworfen, wir hätten Massenaktionen generell ab. Das ist nicht wahr, das haben wir nie getan. Muß es sein, kommt mir die Prüfung der Situation zu der Entscheidung, es muß der Kampf auf breiter Basis gewagt werden. Es geht aber nicht an, daß man bei jeder unpassenden Gelegenheit, bei jedem partiellen Kampf die Mittel in der Massenaktion stellt. In den meisten Fällen stellt mir leider folgende Tatsache fest. Erst wird angeturbelt; ist ein einzelner Kampf, der nicht ordentlich eingeleitet worden ist, der vielen Fällen zunächst unter Ausschaltung der Gewerkschaft inszeniert wurde, so weit, daß die Parre in wenigen Tagen im Dreck steht, darunter diejenigen Leute, die zunächst den Parren in den Sumpf gefahren haben, nach der Massenaktion. Das bedeutet nichts anderes als daß der verunglückten Einzelbewegung eine verunglückte Massenbewegung folgen soll. (Sehr wahr!) Solche Experimente können nicht machen. Wenn der Kollege Malzhan mir zurief: Ganz wie die Rechtssozialisten, dann will ich ihm folgendes sagen: Ob das ein oder andere Parteibuch in der Tasche — solange wir uns in der Gewerkschaftsbewegung befinden —, es gab ja auch eine Zeit vor den Kriegen und ich hoffe, daß sie wiederkommen wird, so wie ein einzelnes Parteibuch wieder haben werden. (Lachen bei der A.P.D.) Was ist das nicht zum Lachen, das ist eine sehr ernste Frage für die Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Aber lassen Sie sich gesagt sein, solange wir gemeinsam in der Gewerkschaftsbewegung stehen, soll mir die Führung wirtschaftlicher Kämpfe innerhalb der Gewerkschaft für die Interessen der Gesamtkollegen nicht etwa inszenieren und zu urteilen nach engeren Parteigesichtspunkten, sondern so, wie es den Interessen der Gesamtarbeiterchaft entspricht. (Lebhafte Zustimmung.)

Als besonderer Abschnitt kamen die Stuttgarter Forderungen die unter Punkt 2 eine Gesamttarif für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Bedürfnisse der in Arbeit stehenden auf Kosten der Arbeitgeber verlangten. Von anderer Seite wurde gefordert: „Die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß ist zu erzwingen.“ Und weiter heißt es: „Die, nach der Durchführung der I und II geforderten Maßnahmen, noch verbliebenen arbeitenden Betriebe sind auf die volle Produktion zu bringen bezw. geschlossene Betriebe wieder zu eröffnen.“

Ich habe hier einige anerkennende Broschüren, die vor der letzten Plenarsitzung zum Metallarbeiterverbandstag herausgegeben sind, worin gesagt wird: Der Metallarbeiter-Verband hat nicht einmal auf die Stuttgarter Forderungen geantwortet. Wie verhält es sich damit? Die Stuttgarter Forderungen waren nicht im Weich des Wortes, da ging bereits die Hege im Lande los. Die Note Jahrbuch vom 4. Dezember 1920 schreibt:

Was tut Dismann, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes? Er schweigt... Die Arbeiterchaft darf sich durch das Schweigen der Gewerkschaftsbürokratie nicht beruhigen lassen. Sie muß sie zwingen, Farbe zu bekennen und über sie hinwegzudrücken, wenn sie den Kampf der Massen offen vertritt.

So schrieb und urteilte man bereits zu einer Zeit, in der nicht einmal die Stuttgarter Mitgliederversammlung den fünf Forderungen zugestimmt hatte. (Zuruf: Du warst doch selber dort!) Nein, Kollege Malzhan, die Mitgliederversammlung, die den Beschluß faßte, war später und damals war das Trommelfeuer längst eröffnet. Die Forderungen waren uns damals noch gar nicht eingereicht. Wenn ich behaupte, der Vorstand konnte sich damals noch nicht mit den Forderungen beschäftigen, weil sie ihm noch nicht zugegangen waren, dann kann ich das beweisen, denn wir haben uns in der Regel folgende Weise auf. (Geisterlich.)

Ich bitte die Freunde, die diese Forderung monatelang im Lande verbreitet haben, sich nachher gründlich auszupprechen und uns das Rezept zu verraten, wie man in dem Augenblicke einer schweren Wirtschaftskrise, verursacht durch das kapitalistische System, durch den Weltkrieg und seine Folgen, bei verletzter Arbeitszeit und großer Arbeitslosigkeit nach sozialistischen Grundfragen und logischem Denken durch einen Generalstreik volle Produktion erzwingen kann. (Lebhafte Beifall.) Ich schalte ein, daß ich keine Maßnahme rückwärtsloser Unternehmer nur mit einem Wort entschuldigen will, aber entscheidend ist, ob bei einer Wirtschaftskrise mit Arbeitszeitverlängerung und Feierlichkeiten durch einen Generalstreik die volle Produktion erzwingen werden kann. Ich habe hier die „Note Jahrbuch“ vom 18. Januar 1921 mit einem Brief an die Berliner Gewerkschaftskommission, in dem es heißt unter Hinweis auf den Loewe-Konflikt: „Wir empfehlen zur Verstärkung des Drucks auf das Unternehmertum und die Regierung die Proklamierung eines sofortigen zünftigen allgemeinen Streiks der gesamten organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Wenn aus dieser Druck nicht helfen sollte, dann muß die Gewerkschaftskommission zum allgemeinen Streik der gesamten Arbeiterchaft aufrufen.“

Ich habe vor mit einer weiteren Nummer der „Noten Jahrbuch“ aus jenen Tagen, die einen Artikel enthält: „Gewerkschaftsbürokratie und Einheitsfront. Die Dismann-Parasiten.“ Es heißt dort unter Forderung 2: „Die Gewerkschaftskommission hat sofort den genannten Privatfirmen und Arbeitsministerien ein drei Tage befristetes Ultimatum unter Androhung des Generalstreiks zu stellen usw.“

Glaubt wirklich ein ernsthafte Gewerkschafter in der Zeit eines solchen schweren Wirtschaftskrise, in der allein in Berlin 130 000 Arbeitslose auf dem Platz lagen, durch einen Generalstreik die volle Produktion erzwingen zu können? Ich brauche es bei der gewerkschaftlichen Schulung der Verbandsdelegierten nicht näher darzulegen, wieviel kompletter Unfug, um mich mild auszudrücken, an diesem Gebiete verzapft wurde. (Lachen und Sehr richtig!)

Was ich in Stuttgart, Köln oder auf den anderen Verbandstagen vor, während und nach dem Kriege vertreten habe, dafür ist ich ein und kämpfe für meine Überzeugung. Wenn Meinungsverschiedenheiten bestanden, so hat der Verbandstag entschieden; es ist das Recht jedes einzelnen, für seine Überzeugung weiter zu wirken. Diese Meinungsverschiedenheiten werden mir aber nie von dem Vorstand mitgebracht, die Einheit der Organisation über alles zu stellen. (Zuruf: mit großer Beifall.) Aber diesen Meinungsverschiedenheiten steht zum hoch der Kampf um die Interessen der Gesamtheit, den wir Schulung an Erhalten zu führen haben.

Ein anderes Kapitel. Wie hat man es in Hamburg im Jahre 1920 gemacht? Zunächst wurde die Trommel gerührt, die Gewerkschaften konnten den wilden Streik nicht anerkennen, der nebenbei groß angelegt sein sollte, um andere Aktionen zu erzeugen. Was ist das Schlußergebnis? Nach während des Kampfes schreibt am 10. Januar 1921 die „Note Jahrbuch“ folgendes unter der Überschrift: „Die Gewerkschaftsbürokratie im Dienste des Zehnerkapitals.“ „Sowohl in der Gewerkschaftsbürokratie in den Diensten des Zehnerkapitals als auch in den Streikenden oder vielmehr Ausgeperrten in den Mägen gesteckt. Dann wird ein Aufruf abgedruckt, den der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes Dufmann erlassen hat, in dem er die Berg-

arbeiter vor dem wilden Streik warnte. Das war nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht. An diesen Aufbruch anschließend schreibt die "Rote Fahne": "Diese Gemeinheit der Gewerkschaftsbürokratie stellt sich der Parteinarbeiterschaft gegenüber. Die Parteinarbeiterschaft für die Flensburger Arbeiter wirdig zur Seite... Besondere Beweise hätten nach einer amtlichen Meldung aus Essen die Vergarbeiter den Aufbruch verlassen, weil die Streikfrage sehr ernst sei. Wenn sich also die Bourgeoisie in der größten Verlegenheit befindet, rufen sie die Gewerkschaftsbürokratie zur Hilfe und diese stellt sich so pünktlich ein wie die Feuerwehr." Ich bitte, nachher uns den Nachweis für die Richtigkeit dieser Sätze zu bringen.

Noch eine Bemerkung zum Fall Löffler. Auf Wunsch der Kollegen habe ich am Schluß des Kampfes gesprochen, weil sich die Kollegen mit mir einmal freundschaftlich unterhalten wollten. Ich will den Empfang nicht schildern, ich habe mich aber ganz herzlich mit ihnen auseinandergesetzt, und zwar hoffentlich für die Organisation nicht umsonst. Leider aber ist es ein tief zu beklagen als typischer Fall für hundert andere. Die August Löffler-Schlichte mit 13 000 Beschäftigten hat heute gewerkschaftlich nur noch etwa 45 Prozent organisiert. Der sich einbildet, auf diesem Weg zu Massenaktionen zu kommen, der täuscht sich. Ein beratig wildes Treiben führt nur dazu, daß, wenn einmal Not am Mann ist, die deutsche Arbeiterklasse keinen Weisensampf führen kann. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß daran will ich mich dem Arbeitslosenproblem wenden, kann aber nicht das Problem in allen seinen Zweigen aufrollen. Das Arbeitslosenproblem ist nur endgültig mit dem Problem der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu lösen. Die Arbeitslosenfrage ist untrennbar mit der Fortführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems verbunden. (Sehr richtig!) Erst wenn der Kapitalismus beseitigt ist, wenn die Produktions- und Bedarfswirtschaft, in eine sozialistische überführt werden könnte, kann diese Frage völlig gelöst werden. Als Mitte vorigen Jahres die Wirtschaftskrise einsetzte, mußten wir als Gewerkschafter unter stetem Festhalten und Wahren sozialistischer Grundanschauungen in erster Linie dafür sorgen, der Not der Arbeitslosen im Augenblick zu steuern. Was wir getan haben, haben wir Ihnen sachlich in der Metallarbeiter-Zeitung, in der Betriebsräte-Zeitschrift dargestellt. Mit unserer Hilfe haben die Arbeitslosen höhere Unterstützung bekommen, die langfristige Erwerbslosen erhielten eine einmalige Beihilfe. Die von den Gewerkschaften erhaltenen Erwerbslosenunterstützungen werden den Arbeitslosen bei der staatlichen Unterstützung nicht mehr abgezogen. Man wird sagen, das seien Palliativmaßnahmen. Ich weiß, es sind nur kurzfristige Erfolge, aber fragt einmal die Arbeitslosen, ob diese Erfolge von ihnen nicht dankbar empfunden wurden.

Im Januar und Februar 1921 wurden die 10 Forderungen des A.D.B. aufgestellt. Wir sind überall für sie eingetreten. Von bestimmter Seite werden Massenaktionen für die 10 Forderungen des A.D.B. propagiert. Was ist von den Forderungen bis jetzt erfüllt? Wir haben die Forderungen im Parlament aufgestellt, das Ergebnis ist Ihnen dargestellt. Wenn Sie die Beschlüsse des Parlamentes lesen, werden Sie finden, daß ein erheblicher Teil der 10 Forderungen des A.D.B. angenommen worden ist. Es ist nicht alles angenommen worden. Wir haben weiter zu kämpfen. Wer behauptet, wir hätten für die Arbeitslosen nichts getan, der kann, wenn er von unserem Vorgehen Kenntnis hat, die Behauptung nur wider besseres Wissen aufstellen.

Wir haben uns der Werftarbeiter angenommen. Ich verweise auf unsere schriftlichen Darstellungen. Wir erziehen, ehe wir eingreifen konnten, daß sich die Arbeitgeber im Ausschuß der Schiffbau-Kreisverbandes dahin verständigt hatten, daß 20- bis 30 000 Arbeiter entlassen werden sollten. In monatelangen eifrigen Bemühungen ist es gelungen, zwar nicht alle Unannehmlichkeiten von den Werftarbeitern fernzuhalten, es sind aber keine 10 000, sondern alles in allem vielleicht einige Tausend entlassen worden. Das Wortum der Werftarbeiter spricht für sich selbst. Auf dem Werftarbeiterkongreß Anfang Juli in Hamburg ist, käuflich ich mich nicht, gegen vier oder fünf Stimmen unsere Tätigkeit anerkannt worden. Höchstens ein Viertel der Kollegen der kommunistischen Fraktion verlagten uns ein Vertrauensvotum. Was tut man aber nachher? Die Wahrung der Einheit der Organisation geht aus folgendem Vorgang hervor: Unsere Werkskommission unter Leitung des Kollegen Schulz hat stets dafür gesorgt, daß, wenn es notwendig war, Konferenzen einberufen wurden. Im Bezirk Nordwesten ist eine Konferenz von Förder und Gewissen von der Aktiengesellschaft Weser einberufen worden. (Lebhafter Beifall, hört!) Ich will mich nicht mit den wunderlichen Sachen aufhalten, die dort zum Ausdruck kamen. Ich sage, solche Konferenzen sind unzulässig. Die Werftarbeiterkonferenzen sind von der zuständigen Organisation und niemand anders einberufen. (Sehr richtig!) Wo können wir hin, wenn anderen Stellen dies erlaubt wäre, zumal, wenn wir uns in so ernsten Situationen befinden?

Ich wies auf die Werftarbeiterkonferenz hin, die mit 126 Teilnehmern gegen 4 oder 5 Stimmen uns ein Vertrauensvotum ausstellte. Was folgte? Es erscheint ein großer Artikel in der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" mit dem Titel: "Dihmanns Weg - Wege oder sträfliche Dummheit." Ich will Ihnen die Stilblüten aus dem Artikel erparieren. Inzwischen hat der Kampf auf der Aktiengesellschaft Weser eingesetzt. Ich habe ernste Sorge darüber, ob er den Erfolg bringen wird, der im Interesse der Organisation gelegen. Kollege Schulz, unser Bezirksleiter, hat mir über das bisherige Ergebnis berichtet. Die Werksbesitzer glauben Oberwasser zu haben. Was bieten Sie nun an? Nicht Lohnverhandlungen, sondern sie wollen den Arbeitern zunächst das bestehende Mitbestimmungsrecht in Betrieben bei Aktiengesellschaften usw. in weitgehendster Form nehmen. (Hört, hört!) Die neue Lohnregelung, die die Werksbesitzer anbieten, hat zur Folge, daß ein Teil der Arbeiter noch Abzüge bis zu 50 Pro. pro Stunde erleiden soll. (Hört, hört!) Die schwersten Kämpfe werden uns auf den Werften kaum erspart werden. Ich frage, ob einer im Saale ist, der etwa behaupten will, daß es so, wie da von dem einzelnen Stellen gewirksamkeit worden ist, weitergehen kann?

Genug über dieses Problem. Was wir für die Arbeitslosen tun konnten, geschah. Als wir im Reichsverkehrsministerium vor etwa drei Monaten über die Beschaffung von Arbeit verhandelten, wurde uns von den Arbeitgebern höhnisch zugerufen: Ihr Scheit für die Arbeitslosen an Hand der Vorgänge eintreten zu wollen, die sich in Berlin ereignet haben. Man servierte uns den ingenierte Stürmungsangriff der Arbeitslosen auf das Berliner Gewerkschaftshaus (Hört, hört!), wo Gewerkschaftsbeamte verprügelt wurden. Vielleicht steht es uns einer der Redner gegenüber, ob man auf diese Weise auch zur vollen Produktion kommen kann.

Es wäre pflichtvergessen gehandelt, wenn der Verbandsvorstand an der Hand der Erfahrungen der letzten Jahre nicht Gelegenheit nehmen würde, auf dem Verbandsstag das zu sagen, was einmal gesagt werden muß. (Stürmische Zustimmung.) Wenn Arbeitslose aufgedrückt werden zu solch unglücklichem Vorgehen, so wollen wir in der sachlichen Vertretung der Interessen der Arbeitslosen das die Arbeitslosen nie und nimmer entgegen lassen (Sehr gut!), sondern wir werden stets an der Seite der Arbeitslosen als unsere Kameraden und Arbeitsbrüder zu finden sein. (Bravo!) Kann es eine Gewerkschaft ertragen, daß sich in ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten eine andere Stelle innerhalb der Gewerkschaft einmischen kann? Da sage ich nein! Die Gewerkschaft hat ihre eigenen Gesetze, die Verbandsstagesbeschlüsse, das Statut und nichts anderes, und jede Gewerkschaft wird zur Ohnmacht und zur Vertilgung verurteilt, die sich darauf einläßt, daß ein Teil der Verbandskollegen und Funktionäre ihre Anweisungen von außerhalb des Verbandes stehenden Stellen empfängt. (Lebhafter Beifall.) - Malajahn: Was hast du früher gemacht? Ich komme darauf, was ich gemacht habe, und glaubt ja nicht, daß ich nicht für das einstehe, was ich getan habe. (Sehr gut!) Ich werde auch auseinandersetzen, welche gewaltigen Gegensätze zwischen dem besteht, was wir jetzt erleben und dem, was wir früher getan haben aber getan haben sollen. Damit fing es an! - Der Kampf der Betriebsräte - ich kann ihn kurz übergehen (Zuruf: Der hängt dir im Magen!); mir liegt er nicht im Magen, denn war in diesem Kampf dem Erfolg auf seiner Seite hatte, dürfte sich nicht unbedarft sein. (Sehr gut!) Der Kampf ist ausgefochten und keine Macht, keine Macht von Euch wird in der Lage sein, die zum Tode verurteilte

selbständige Betriebsräteorganisation wieder ins Leben zu rufen. (Sehr wahr!) - Malajahn: Und wie stehen die Betriebsräte da? - Wenn die Betriebsräte gegenwärtig in der schwersten Wirtschaftskrise nicht so dastehen in der Verelendung ihrer Rechte, wie wir das wünschen müssen, dann seid ihr nicht zurecht schuld daran. (Stürmische Zustimmung.) Dem Kampf um die Betriebsräte folgte in der Entwicklung ein anderes: Der Kampf um die Parole: Moskau oder Amsterdam? Damit hängt zusammen die Frage des kommunistischen Zellenbaues in der Gewerkschaft. Der erweiterte Beirat hat zu dieser Frage Stellung nehmen müssen und hat gegen wenige Stimmen zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation unzulässig dem Zustand zu sehen kann, daß sich innerhalb des Verbandes eine geschlossene Organisation bildet, die von einer Stelle außerhalb des Verbandes, von einer Partei, ihre Anweisungen erhält. Er hat beschlossen, wer diesen Treiben jubelt, wer danach seine Tätigkeit im Verbande einstellt, der schädigt die Interessen des Verbandes auf das schlimmste und muß mit dem Verbandsstatut Bekanntschaft machen. Diese Beschlüsse des erweiterten Beirates gab der sogenannten K.P.D.-Fraktion der Metallarbeiter Berlins Gelegenheit zur Einberufung einer Reichskonferenz

Formers Los

Stück auf! Sel geprügelt, neuer Tag!
An vergitterten Fabrikfensterscheiben
Tanzt blutiger beim Verschlag
Die Sonne den Alltagsregen. -
Die Pfeife ertönt! Verstummt jetzt ihr Schall.
Lautes Geshämmer, dann dumpfer Fall.
Rauchwolken steigen verbunkelnd empor.
Selles Krankhattern bedäut das Ohr.
Auf stemmigen Wagen rollt der Ouz
Ins Ruhhaus. Dort lagert im Überfluß
Staub und Elfen und Stein! Im Gemeng
Auf kleinem Raum, dicht gedrängt. -
Aus Kannen bringt Wasser Labung dem Sand,
Den das flüssige Eisen zermürbt und verbrannt.
Schaukeln gleiten! Stampfer tanzen!
Alles trägt bei zum Gelingen des Ganzen. -
Fertig die Form. Der Schmelzofen sprüht
Flammen und Funken. Seln Inneres glüht!
Flüssiges Eisen, in Pfannen gebannt!
Süßige Gase, unterdrückt!
Die Lungen geben ihr Bestes her.
Dem Anflügel der Schweiß peilt tränenschnöher.
Schweißtriefend, zum Gruß an der Mühle die Hand.
Stück auf, Kollegen! Feiertabend!

Max Engel, Landsberg a. W.

der Metallarbeiter nach Berlin. Wir haben in einem Briefe an den Verbandsausschuß unter instruktiver Darlegung der gesamten Verhältnisse gezeigt, weshalb wir nach den Beschlüssen des erweiterten Beirates und nach dem Statut gegen die Teilnehmer und Einberufer dieser Konferenz vorgehen müssen. Diese unzulässige Konferenz kann nicht verglichen werden mit dem Zusammenkommen von Kollegen, die auf dem Boden einer gemeinsamen Auffassung stehen, hier auf dem Verbandsstag (siehe Fraktionen) oder auch bei verschiedenen Gelegenheiten im Lande. Dem Vorstand ist es in keinem Stadium der Bewegung eingefallen, das irgendwie verbieten zu wollen. Damit wollen wir nicht etwa sagen, daß die geschlossene Fraktionsbildung als Dauerzustand für die Organisation zu begrüßen wäre. (Sehr gut!) Aber haben diese Zusammenkünfte Gleichgültigkeit auf dem Verbandsstag etwas zu tun mit der Reichskonferenz, um die es sich handelt? Die Beschlüsse des erweiterten Beirates lagen vor. Ihre Konferenz ist öffentlich ausgeschrieben worden für alle und es wurde in dem Aufruf ausdrücklich gesagt: Nehmt überall in den Versammlungen Stellung, wählt Delegierte und wählt nicht nur kommunistische Delegierte, sondern von Gruppen der S.P.D. und U.S.P. in Frage kommen, da sorgt dafür, daß auch von jener Gruppen mindestens ein Delegierter in Berlin erscheint, sammelt Gelder, und wo Ihr kein Geld habt, haben wir welches, um Euch zu unterstützen. Ich habe nicht zu unteruchen, woher diese Gelder stammen (Zuruf: Moskau!), die von der Reichszentrale der Gewerkschaftsleitung der K.P.D. hergegeben werden können für die Reichskonferenz usw. Die Auffassung des Vorstandes geht konform mit den Beschlüssen des erweiterten Beirates. Wenn der Verbandsstag in seinem legitimen Schlußfolgerungen dem folgen würde, was der Verbandsausschuß auf Seite 36 bis 51 in dieser Streitfrage sagt, dann hieße das, die Geschlossenheit und Einheit der Organisation zu Grunde tragen. (Sehr richtig!) Reichskonferenzen für die Metallarbeiter Deutschlands einzuberufen, hat nur eine Stelle nach dem Statut das Recht: Vorstand und erweiterter Beirat und wenn einer Fakultät oder einzelnen Kollegen Beschlüsse des erweiterten Beirates nicht passen, so müssen sie sich beschließen. Der Ausschuß hat ja eine wunderbare Berichterstattung bei diesem Punkt vorgenommen. Ich will abwarten, wie der Vorsitzende des Ausschusses das noch im einzelnen zergliedern wird. Ich will folgendes hervorheben: Er sagt auf Seite 53 im zweiten Absatz:

Der erweiterte Beirat hat den Vorstand zu beraten bei den in § 31 Abs. 11 des Statutes festgelegten Beratungsgegenständen. Es haben aber in den Sitzungen des Beirates nicht nur die auf den Reichskonferenzen gewählten Kollegen Sitz und Stimme, sondern auch die Bezirksleiter, der Vorstand, die Redakteure des Verbandsorgans und der Vertreter des Ausschusses. Aus dieser Zusammenfassung des Stimmrechtes ergibt sich ohne weiteres, daß der Beirat Beschlüsse, die einer Generalversammlung obliegen, nicht fassen kann.

Alle Bewunderung für die Auslegungskunst des Verbandsausschusses! Aber so geht es nicht. Wenn der Ausschuß der Meinung ist, daß die jetzige Zusammenfassung des erweiterten Beirates falsch ist, wenn er meint, daß Vorstand, Bezirksleiter, Redakteure und der Vorsitzende des Ausschusses dort nichts zu suchen haben, dann ist es Sache des Ausschusses, eine Änderung des Statutes anzugehen. So lange der Verbandsstag diese Zusammenfassung beschlossen hat und durch Statut dem erweiterten Beirat nicht nur beratend, sondern weiter beschließende Rechte eingeräumt hat, ist kein Ausschluß in der Lage, daran ein Lippenchen zu ändern. (Sehr wahr!) Der Beirat hätte pflichtvergessen gehandelt, wenn er in der ersten Zeit damals nicht jene Beschlüsse gefaßt hätte. (Malajahn: Die Welt steht aber noch!) Ja, die Welt steht noch und Ihr sitzt. (Heiterkeit.) Aber die Frage ist zu stellen: Wo wären wir in jenem Strudel der Zeit hingekommen, wenn Beirat und Vorstand nicht so gehandelt hätten. Es ist sehr leicht, heute zurückliegend philosophische Betrachtungen anzustellen und zu sagen: Ja, es hat doch noch so gegangen. Man muß sich fragen: Wo wäre der Verband heute, wenn nicht eingegriffen worden wäre?

Kollege Dihmann geht des Näheren auf den Fall Zippel (Leipzig) ein. Zippel war Vorsitzender der Bezirkskommission des vierten Bezirks. An ihn gelangten Beschwerden gegen den Bezirksleiter, Kollegen Liebe (Dresden). Statt diese Beschwerden gewissenhaft zu prüfen, lancierte Zippel diese Angaben als Verdächtigungen in die kommunistische Presse ohne sie der Bezirkskommission vorgelegt zu haben. Die vom Vorstand angeordneten Untersuchungen ergaben die Haltlosigkeit der Anschuldigungen gegen den Kollegen Liebe. Daraufhin wurde Zippel aus dem Verband ausgeschlossen. Unbegreiflicherweise hat der Ausschuß auch diesen Ausschluß zurückgenommen. - Weiter ist es der Ausschuß abgelehnt, den Ausschluß der Teilnehmer an der Reichskonferenz zu bestätigen. Ich will nicht verhehlen, daß nach meinen Informationen, nachdem wir dem Ausschuß das Material in zusammengebrängelter Form in der grünen Broschüre im August noch einmal zugeführt haben, die Auffassung der Mehrheit der Kollegen des

Ausschusses eine andere geworden ist. (Zuruf: Da hört alles auf!) Nein, darüber ist nicht zu streiten, die Ausschußkollegen haben das erklärt. (Zuruf: Wer hat das erklärt?) Zwei Kollegen zunächst, die bei der letzten Sitzung in Stuttgart anwesend waren und die Ausschußkollegen haben am letzten Freitag das Material, was du ihnen als Vorliegender nicht unterbreitet hast, noch einmal im Gesamtkomplex zur Kenntnis gekommen und haben erklärt, daß sie nun ihre Auffassung korrigieren wollten. Ich frage aber jetzt den Vertreter des Ausschusses weiter, ob ihm bekannt sind jene Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften, vor wenig Wochen einstimmig angenommen auf dem kommunistischen Parteitag in Jena und ich frage ihn weiter, ob er glaubt, es mit den Interessen des Verbandes vereinbar zu können, daß Funktionäre des Verbandes nach diesen Richtlinien arbeiten? Ich werde Ihnen die Richtlinien vorlesen, urteilen Sie selbst.

I. Das Verhältnis der Gewerkschaftsfraktionen zur Partei. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterliegen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteivorsitzenden. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzugeben und zu korrigieren, nötigenfalls Funktionäre abzuweisen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen einzuberufen. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gezieltes und reibungsloses Wirken unserer Parteigenossen in den Gewerkschaften zu sichern und um den objektiven Gefahren entgegenzuwirken, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeitsteilung ergeben, sind alle Parteigenossen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten. Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens "Reichsgewerkschaftszentrale" in Zukunft folgende Namensbezeichnung: "Beirats der K.P.D., Gewerkschaftsleitung". Ebenso erhalten alle örtlichen Vorstände der kommunistischen Gesamtsfraktionen des Reichs: Gewerkschaftsleitung.

Dann kommt als weitere Instruktion unter II. Das Verhältnis zur übrigen Opposition, die auf dem Boden der roten Gewerkschaftsinternationale stehen und von dort die Anweisungen bekommen. Dann lesen Sie bitte den Abschnitt: Aufbau der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen. Sie beginnt im Betrieb und am Ort. In kommunistischen Betrieben und in den einzelnen Verbänden schließen sich die Fraktionen zusammen, deren Bildung die Sache der örtlichen Parteileitung. Dann gibt es örtliche Arbeitsausschüsse, dann kommen die kommunistischen Bezirksfraktionen der einzelnen Gruppen und dann die Zusammenfassung in gewerkschaftlichen Bezirksleitungen. Die Spitzen der Bezirksleitungen werden eingesetzt von den Bezirksleitern der K.P.D. (Hört, hört!) Und es ist festgelegt in Absatz 7, daß an der Spitze der gewerkschaftlichen Zusammenfassung im Bezirk mindestens ein Kollege als Beamter freizustellen ist. Dann kommen die Reichsfraktionen und Industriegruppen, dann der Beirat der Gewerkschaftsleitung der K.P.D. für das Reich, dann die Gewerkschaftsleitung der K.P.D., die wiederum eingesetzt wird durch die K.P.D.-Parteileitung und so geht es weiter mit Organe. Da frage ich Sie: Kann der Metallarbeiter-Vorstand oder eine andere Gewerkschaft einen solchen Zustand akzeptieren? Nein, es hat jeder das Recht, einer politischen Partei anzugehören, welcher er will; darin hat sich keiner einzumischen. Aber in den Gewerkschaften haben wir lediglich nach den gewerkschaftlichen Gesetzen zu arbeiten. Wenn mir zuzuerufen wurde, daß ich keine Organisation der Gewerkschaften, sondern eine Parteiorganisation, dann sage ich: man soll uns doch nicht für schlimmer verwechseln als die Polizei erlaubt. (Sehr gut!) Sie werden mir nicht beschließen wollen, daß Sie für die kommunistische Parteiorganisation ein anderes, nämlich ein Parteistatut haben. Dies ist das Statut für die kommunistische Gewerkschaftsorganisation (Sehr wahr!) und da hat der Verbandsstag des D.M.A. zu erklären, das geht nicht an.

Wir haben als Verbandsstag zu erklären, daß wir einen solchen Zustand unzulässig ertragen können. Vielleicht sagen uns die Kollegen vom Ausschuß, ob das auch noch keine schwere Schädigung des Verbandes sei. Es sei noch an den Fall in Wismar erinnert. Der kommunistische Bezirksleiter Wegmann von Essen kommt nach Wismar, geht in eine Versammlung der Wismarer Metallarbeiter, in der über den Abschluß einer Lohnbewegung beraten werden soll. Nachdem die Ortsverwaltung vorgezogen hatte, das Ergebnis der Verhandlung zu akzeptieren, meldet er sich zum Wort, er erhält es und dann haut er los und fordert auf, in den Streik zu treten. So geht es nicht weiter. Wohin die Zustände führten, hat Ihnen Halle bewiesen. Wenn es uns gelungen ist, daß in Halle sich wieder ein Zusammenschluß vollzog, und nun von kommunistischer Seite gesagt wurde, die Verbandsleitung hätte daran keine Schuld, dann sei Ihnen gesagt: In Halle mußte seinerzeit zugegriffen werden und wenn der irreguläre Teil der Metallarbeiter inzwischen ereignisgerade erkannt hat, daß sie den verkehrten Weg nicht weiter gehen konnten, dann ist das mit zu verhandeln der Festigkeit und Entschlossenheit des Vorstandes, der zugegriffen hat, wo es notwendig war. (Bravo!) Und der Verbandsstag hat zu entscheiden, ob der Vorstand recht getan hat oder nicht. Wollen Sie die Streitfrage: Moskau oder Amsterdam? zur Entscheidung bringen, dann bitte, tun Sie das einmal in großen Zügen der Fragestellung: Wie ist der gewerkschaftliche internationale Zusammenschluß zu vollziehen? Und halten Sie davon jamaal getrennt jene Vorgänge, die sich in der Organisation ereignet haben. Es ist uns oft gesagt worden, wir vertreten die russischen Arbeitsbrüder, wenn wir uns nicht an die Moskauer Internationale anschließen; wir feiern Verräter am revolutionären Proletariat. Was wird als großer Bedanke von Russland die Umwälzung; zunächst die bürgerliche Regierung, dann ergriff im Oktober 1917 die bolschewistische Partei die Sowjetmacht. Wir haben bezaubernd und mit aufrichtiger Freude auf Russland geschaut und wenn wir in den letzten drei Jahren in Weinungsbesprechungen mit den Bolschewisten geraten sind und mit der dritten Internationale; so wird uns das nie hindern, anzuerkennen, was ist. Und wenn vom Russland der große Bedanke gepflegt wurde, durch das faszinierende Beispiel der Ausrichtung der proletarischen Macht die Arbeiter in anderen Ländern anzufeuern, denn nachzukommen, so wollen wir wahrhaftig die Bedeutung dieses Beispiels nicht zurückstellen. Wenn wir das zunächst anerkennen, so ist die Frage zu stellen: Wie helfen wir Sowjet-Russland? - oder, wie sie im Streit der Meinungen des letzten Jahres in den Vordergrund gestellt worden ist: Kann uns im deutschen Reich Sowjet-Russland helfen (Zuruf) und wie helfen wir uns selbst? Die Frage ist: Wer muß dem deutschen Proletariat zur Seite stehen? Das wird zunächst uns selbst helfen müssen, darüber ist kein Zweifel. Aber was uns wirtschaftlich und politisch bedrückt, das ist der Gewaltfrieden von Versailles, die Gewalt Herrschaft der westeuropäischen Mächte, die dem Wirtschaftleben und dem wirtschaftspolitischen Leben in Deutschland ihren Stempel aufdrückt. Darum haben die deutschen Arbeiter ihren Blick nach dem Osten, aber genau so auch nach dem Westen zu richten. Für die Befreiung gegenüber der jetzigen Bedrückung der deutschen Verhältnisse ist von entscheidender Bedeutung, daß das westeuropäische Proletariat: Frankreich, England, Italien und darüber hinaus, die Kraft bekommt, um so, wie wir in Deutschland unsere Reaktion zu Boden werfen müssen, auch sie ihre Reaktion zu Boden werfen.

Wie wirken wir international zusammen? § 10 der Aufnahmebedingungen der Moskauer Internationale fordert den schärfsten Kampf gegen den Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund! Zunächst heißt es: Amsterdam ist gelb und weil sie gelb ist, muß sie bekämpft werden. Und drittens: weil gelb, weil sie bekämpft, Anschlag an die Internationale in Moskau! Können wir das mitmachen? Die Gewerkschaften Europas sind in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigt. Beim Moskauer keine Gruppen des Baltans gesammelt hat und über die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Russlands verfügt, bedeutet das keine ernsthaft zu nehmende Internationale der Welt! Die Befreiung, Amsterdam sei gelb, brauche ich vor dem Verbandsstag wirklich nicht zu widerlegen; doch, die es behaupten, sollen hier den Beweis dafür erbringen. (Sehr gut!) Die Arbeiter Sowjet-Russlands und Deutschlands können aus dem Welt nur in intimer Zusammenarbeit mit dem gesamten europäischen Proletariat befreit werden. Das müßt Ihr erkennen! (Zuruf)

Als erster Redner der U.S.P.-Fraktion spricht Ziska (Berlin): Wir haben die Aufgabe, zu prüfen, ob der Vorstand nach dem Stuttgarter Beschlüssen seine Arbeit im Dienste der Organisation geleistet hat oder nicht. Auf Grund des Geschäftsberichts können wir ohne weiteres der Überzeugung Ausdruck geben, daß der Vorstand im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen und allgemeinen Verhältnisse von Beginn seiner Tätigkeit an sein Bestes im Interesse der deutschen Metallarbeiter zu tun versucht hat. Den von Haas behaupteten angeblichen Gegenatz der heutigen Ausführungen zu denjenigen auf dem Stuttgarter Verbandstag wird der Vorstand wohl selbst klarstellen und auf das richtige Maß zurückführen. Daß ein Unterschied zwischen der Organisationsleitung bis 1919 und nach 1919 besteht, bedarf keines Beweises. Wir haben uns erst nach Stuttgart zu der U.S.P. in Anbetracht der durchgeführten, daß nicht allein die realen Wirtschaftsprüfung, sondern die höheren Ziele der Gewerkschaftsbewegung die gesamte gewerkschaftliche Taktik maßgebend beeinflussen müssen. (Sehr richtig!) Niemand wird ohne Vorwissenommenheit behaupten können, daß der seit Stuttgart tätige Vorstand in den allen ausgetretenen Bahnen der Gewerkschaftsbewegung gewandelt wäre. (Sehr gut!) Wenn es überhaupt bisher möglich war, nicht zuletzt unsere Organisation zu großen politischen Massenaktionen zu führen, so allein, weil der Vorstand mit eiserner Konsequenz das auf dem Stuttgarter Verbandstag aufgestellte idealistische Ziel bis zur Grenze der Möglichkeit zu verwirklichen versuchte. (Sehr richtig!) Wie steht es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder? Als wir in Berlin die jährliche Wählbarkeit sämtlicher Angestellten in das Ortsstatut aufnehmen wollten, waren es die engeren Freunde des Kollegen Haas, die beim Vorstand dagegen Protest einlegten. (Wohlfahrt hört, hört!) Haas hat auf große Annäherungsmöglichkeiten zwischen den Ausführungen von Dismann in Stuttgart und heute hingewiesen. Wir sehen auch heute noch die Methode, mit der der Kollege Haas den wirtschaftlichen Weisungskampf glaubt führen zu können, als verfehlt an. (Wah!) Das entbindet uns aber nicht der Pflicht, im Rahmen einer Organisation die wirtschaftliche Taktik zur Erreichung unserer wirtschaftlichen Ziele einheitlich und geschlossen in geistigen Dingen durchzuführen. (Sehr gut!) Wir haben niemals davon gesprochen, die Durchsetzung unserer Auffassung einen Schutz der Organisation zu verschaffen. Wir lehnen Vorschläge von politischen Parteien für bestimmte gewerkschaftliche Taktiken ab. Das hat aber nichts damit zu tun, daß wir nach wie vor die geistigen Kräfte sich in dem Rahmen unserer selbstgeschaffenen Gesetze auswirken lassen wollen, um die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder zu unserer Auffassung zu bekehren. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie, aber wir halten es für das Recht des Proletariats, das die Masse der Bevölkerung darstellt, bis zur Erreichung der vollendeten Demokratie die Diktatur zur Ausschließung wirtschaftlicher und sonstiger Unterschiede zwischen der schaffenden und der die Produktionsmittel besitzenden Klasse einzusetzen. (Wohlfahrt Beifall.) Mit Stolz können wir erfüllt sein, daß der Vorstand so viel Arbeit und Mittel aufgebracht hat, um dem Bildungsbestreben der deutschen Metallarbeiter in weitestgehendem Maße Rechnung zu tragen. (Sehr richtig!) Vermißt habe ich in der Kritik eine Stellungnahme des Kollegen Haas zu der Frage der Industrieorganisationen. Diese sollen nach unserer Meinung das Mittel des proletarischen Kampfes zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft werden. (Sehr richtig!) Von einer ganz bestimmten Seite wird jetzt dieser Gedanke zu Gunsten des Gedankens der Einheitsorganisation auf Grundlage der Berufsorganisation aufgegeben. Vorwürfe haben wir die Stuttgarter Beschlüsse als Richtschnur unseres Handelns zu nehmen. Mit Freude können wir feststellen, daß unsere Organisation gewaltige Errüstungen infolge der Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Betriebsräte dadurch überwinden konnte, daß an der Spitze unserer Organisation eine Leitung stand, die klar und zielbewußt dem Standpunkt vertrat, der heute Allgemeinrat der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse geworden ist. (Sehr gut!) Die Arbeit, die der Gesamtvorstand gerade in dieser Frage geleistet hat, womit er einen Grundstein zur Geschlossenheit und Einheit der Organisation legte, wiegt mehr als alle die kleinsten formalen Unterlassungspflichten, die der Kollege Lang vorgetragen hat. (Wah!) Wer die Tätigkeit des Vorstandes objektiv beurteilt, wird anerkennen, daß es dem Vorstand nur vermöge seiner großen Arbeitskraft und seines organisatorischen Talentes möglich wurde, eine so wohl begabte Organisation so weit zu weisen, daß trotz der verschiedenartigen Strömungen die Einheit der Organisation garantiert werden konnte. (Wah!) In dem Streit zwischen Vorstand und Ausschuß über die Vorgänge, die zur Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter führten, will ich mich nicht hineinmischen, will nur daran erinnern, daß der Beirat auch mit Zustimmung von zwei Parteifreunden des Kollegen Lang seine Zustimmung zu dem Beschlusse und zu der Resolution gab, die die Grundlage dafür bot, daß der Vorstand seine Warnung an die deutsche Mitgliedschaft herausließ. Der Vorstand hat die Pflicht, nach den Bestimmungen des Statuts Kollegen, die es mit ihrer Kollegialität, Disziplin, mit ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtorganisation glauben vereinbaren zu können, eine von der Gesamtorganisation abweichende Gewerkschaftstaktik treiben zu können, als gewerkschaftsschädigende Kollegen aus der Organisation zu entfernen. (Sehr richtig!) Unser Verband sowie alle proletarischen Organisationen beruhen in ihrem Aufbau nicht auf Zwang, sondern auf moralischer Verpflichtung, die sich in der Freiwilligkeit auswirkt. Und der Kollege, der willens ist, einer solchen auf moralischen Voraussetzungen basierenden proletarischen Organisation anzugehören, hat neben seinen Rechten auch persönliche Pflichten, die darin liegen, daß seine Selbstdisziplin so weit gehen muß, daß er sich den von der Gesamtmitgliedschaft geschaffenen Gesetzen freiwillig unterwirft. Wer dazu nicht die nötige Charakterstärke aufbringt, der hat in einer solchen Körperschaft keinen Platz, denn die proletarische Organisation ist einzig und allein aufgebaut auf dem Bewusstsein der Pflicht, dem Pflichtbewußtsein und der freiwilligen Disziplin ihrer Mitglieder. (Sehr gut!) Den Begriff der Massenaktion verstehen unsere kommunistischen Freunde stets so, wie es ihnen im Augenblick paßt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in der großen Masse von Einzelkämpfern die Massen gestellt werden für den Massenkampf. (Sehr richtig!) Unter diesem Gesichtspunkt braucht man gar nicht auf die Frage einzugehen, inwieweit sich überhaupt von einer proletarischen Massenaktion zur Überwindung des Kapitalismus sprechen läßt. Der Genosse Herrheim hat Ihnen mit der ganzen Eindringlichkeit seiner hohen Verehrtheit gesagt, wie in ganz kurzer Zeit eine Organisation von kraftvoller Höhe zu einer unbedeutend schwachen Winderheit herabfallen. Um so mehr haben wir in unserem Vaterland die gemeinsame Pflicht, uns nicht gegenseitig zu zerreißen, sondern, wenn auch die Gegensätze über die einzuhaltende Taktik bestehen bleiben, uns doch zusammenzuschließen, um diese notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten. Durch die Tätigkeit des Vorstandes sind wir in die glückliche Lage gekommen, auf dem Jenner Verbandstag eine einheitliche und geschlossene Organisation vor uns zu haben. Das beste Vertrauensvotum, die beste Anerkennung, die wir der Tätigkeit des Vorstandes zollen können, kann nur darin liegen, daß wir den heute mit der Führung der Geschäfte der Organisation betrauten Vorstand einmütig für die nächsten zwei Jahre mit der Durchführung unserer Aufgaben wieder betrauen. (Sturm. Beifall.)

Walcher (Berlin): Der Vorkämpfer des Vorstandes hatte eine überaus schwere Aufgabe. Er sollte die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages und die dort gehaltenen Rede in Einklang bringen mit der Praxis des Vorstandes während der zwei vergangenen Jahre. Das war eine unmögliche Aufgabe. Ja, werde mich nicht um beschäftigter mit dem, was war, sondern auch mit dem, was sein wird, was wir zu tun haben werden, um der deutschen Metallarbeiter, dem deutschen und dem internationalen Proletariat mit der größten Wirksamkeit zu dienen. Wir sehen überall in Deutschland eine Wiedererwartung der schwärzesten Reaktion. Wirtschaftlich ist eine Dauerkrise zu konstatieren, die ihren Ausdruck findet in der Massenlosigkeit, dem Niederkicken der Arbeiter. Wir stehen vor einer Weltproduktionskrise neben gleichzeitigem Warenmangel in unerhörtem Maße. Der Grund liegt in dem kapitalistischen Charakter der Produktion, der es verhindert, daß Erzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang gebracht werden sind. Es ist keine Übertreibung, wenn wir feststellen, daß die weitere Existenz des Kapitalismus die Existenz der ganzen menschlichen Gesellschaft bedroht. Deshalb muß der Kampf des ganzen Proletariats und auch der Gewerkschafter sich richten gegen

die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Aber die Mehrheit der Gewerkschaftsführer glauben durch politische und gewerkschaftliche Reformen die Krisis des Kapitalismus nicht lösen, so doch mildern zu können. Der alte Vorstand des U.S.P. war ja offen und konsequent genug, so jagt, daß seine Praxis darauf hinausgehe, das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder flott zu machen. Demgegenüber sagte Dismann in Stuttgart: Wir kommen aus dem heutigen Schlamassel gar nicht heraus ohne Sozialismus. Die Karte steht für den Kapitalismus viel zu sehr im Dreck. Die Wirklichkeit hat erwiesen, daß diese Auffassung Dismanns in Stuttgart vor zwei Jahren richtig war. Dismann richtete an uns die Frage: Wie kann man durch einen Generalstreik die Arbeitslosen in den Produktionsprozessen einreihen? Ich habe darauf zu antworten, daß es darauf ankommt, die ganze Kraft des Proletariats zusammenzufassen, sie der geschlossenen Phalanx des Unternehmertums entgegenzusetzen. Als der Offener Brief der K.P.D. erschien, war die Gelegenheit, eine wirkliche Einheitsfront im Kampfe herzustellen. Man sagt uns: Dieser Aufmarsch der proletarischen Bataillone endet im Chaos und führt zum Zusammenbruch. Es lebt in den Gewerkschaftsführern und in den rechts von uns stehenden politischen Parteien der Glaube und die Hoffnung, daß es doch noch möglich ist, aus alledem herauszukommen, ohne dem Proletariat so schwere Opfer aufzuerlegen. Diese Sucht, dem schweren Kampf auszuweichen, ist charakteristisch in die Erscheinung getreten beim englischen Bergarbeiterstreik. Was hätte ein Sieg der englischen Arbeiter für das deutsche, ja für das internationale Proletariat für Folgen haben müssen! Dieser Sieg hätte bedeutet, daß Vorarbeiten, Afrika in Bewegung kamen, daß der Friedensvertrag von Versailles zu einem Fetzen Papier geworden wäre. (Wohlfahrt Zustimmung.) Aber die Gewerkschaftsführer haben nicht den Mut, solchen Ereignissen gerade ins Gesicht zu schauen, um der Opfer willen, die mit ihnen verbunden sind. Die Folge ist, daß Hunderttausende beginnen, an den Gewerkschaften zu verzagen. Dismann hat die Richtlinien meiner Partei verlesen. Zunächst beziehen sie sich nicht auf die Gewerkschaften, sondern auf die Parteigenossen der K.P.D. (Gaden.) In unseren Richtlinien steht auch, daß jedes Parteimitglied der K.P.D. anzuhalten ist, sich freigeberlich zu organisieren; Funktionär unserer Partei kann nur werden, wer freigeberlich organisiert ist. Ausnahmen mußten wir die Genossen, die infolge der Gewaltverhältnisse aus verschiedenen Gewerkschaften ausgeschieden wurden, wodurch wir sie geehrt finden, weil sie ihre Pflicht erfüllt haben. (Sehr richtig!) Es ist also kein Gewinn für die proletarische Revolution, wenn die Massen den Gewerkschaften der Rücken kehren. Ich hoffe, daß es gelingt, die Massen in den Gewerkschaften zu halten. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger als rücksichtslose Klassenpolitik. (Sehr gut!) Durch eine Taktik der Offenheit und der Kühnheit wird das Kraftgefühl und die Kampflust der proletarischen Massen gestärkt. (Sehr gut!) Dann wird das Proletariat ohne Beschleife, ohne lange Vorbereitung geschlossen zur Verteidigung seiner Existenz gegen die Diktatur des Kapitals auf der Plan treten und im Augenblick des Sieges Mittel und Wege zu finden wissen, um die Diktatur des Kapitals zu brechen und die proletarische Klassenherrschaft zu festigen und zu behaupten.

Im Hinblick auf die Zukunft, die von einer Reihe schwerer Klassenkämpfe ausgefüllt sein wird, müssen wir uns von der Vorstellung freimachen, daß die Arbeiter nur so lange und so weit kämpfen können, als die Mittel im Geldsäckel ausreichen. In einer Periode von Massenaktionen wird ein hingebungsvoller Idealismus in den Massen geweckt, die wenn es sein muß, wochenlang kämpfen, ohne unterzucht zu werden. (Beifall und Widerspruch.) Unsere Zuversicht, daß die Diktatur des Proletariats eine unumgängliche Etappe in der Geschichte des Proletariats ist, ist unerschütterlich. Die Gewerkschaften können sich — ein Wort von Rosa Luxemburg — auf die Dauer nicht anders erhalten als im Kampf. (Sehr richtig!) Der Kampf ist der Nährboden der proletarischen Klasse, der die Reihen der Gewerkschaften stärkt. Wenige Monate revolutionärer Geschehens haben die Reihen der proletarischen Unterwelt mehr aufgerüttelt als 30 Jahre mühsamer Reorganisation. (Wohlfahrt Zustimmung.) Damit schließt der dritte Verhandlungstag.

Vierter Tag.

Zu Beginn der Sitzung wird zunächst der Bericht der Rechnungs-Kommission über den Antrag Walcher, aus der Hauptkasse für die Ruffenhilfe pro Mitglied 1.— M. zu geben, entgegengenommen. Der Antrag der Kommission und des Hauptvorstandes, den Antrag Walcher, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Statuts, abzulehnen, aber die Kollegen aufzufordern, sich nach besten Kräften an den Sammlungen des U.S.P. zu beteiligen, wird in namentlicher Abstimmung mit 645 gegen 114 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten wird die Debatte zum Geschäftsbericht fortgesetzt.

Kummer (Offenbach): Der Weg von Stuttgart nach Jena ist sehr lehrreich und besonders das Schlußstück ist erfreulich. Vor allem haben wir uns darüber gefreut, daß Dismann den Wunsch aussprach, die Zeit möge bald kommen, wo wir alle ein gemeinsames Parteilich in der Tages haben. Wir wollen also nicht danach fragen, durch welche Faktoren die neue Einsicht erzeugt worden ist, sondern wollen es genug daran sein lassen, daß die Einsicht vorhanden ist. Aber die Einsicht ist auch noch weiter links gewachsen. Wie wurden wir in Stuttgart mit Begriffen wie: Räterepublik usw. bombardiert! Mit welchem Jubel sprach Miller (Bremen) damals von dem Sorjet-Rußland. Wir haben auf diesem Kongress nur noch einen Vertreter der Diktatur des Proletariats gesehen, das war der geschätzte Kollege Ziska, aber nach dem, was er nach seiner Rede darunter versteht, können wir auch für die Diktatur des Proletariats sein, denn er hat nicht viel anderes erklärt, als was unsere Altmeister Engels und Marx darunter verstanden haben, daß die demokratische Republik die spezifische Form der Diktatur des Proletariats sei. Rußland wurde in Stuttgart, wie gesagt, über alle Maßen gelobt. Inzwischen wird sich die Einsicht weiter Kreise des Proletariats über Rußland meines Erachtens auch bei unseren kommunistischen Kollegen bald zeigen. Die russische Hungernot muß selbst den Unvernünftigsten aufklären und die russischen Genossen dahinbringen, mit ihren Beschimpfungen der westeuropäischen Gewerkschafter aufzuhören. Wenn diese Gewerkschaften nicht so stark, sondern zerstückelt wären, wenn hätte denn dann die notwendige Hilfe leisten können? (Sehr richtig.) Zur Dank dem Einfluß dieser Organisationen auf Gemeinde, Stadt und Regierung, gerade durch die Hilfe der sogenannten Kettenhunde der Bourgeoisie, werden in Rußland Hunderttausende vor dem Hungertode bewahrt. (Wohlfahrt Zustimmung.) Die Kenntnisse des Kollegen Walcher über den englischen Bergarbeiterstreik entsprechen einem Artikel aus der "Roten Fahne". (Walcher: Russische Zeitung.) Um so schlimmer! (Seitert.) Wenn Kollege Walcher meinte, weite Schichten der Arbeiter verpagten an den Gewerkschaften, so frage ich, wer einen großen Teil der Schuld trägt, daß vielen Leuten der Versuch der Gewerkschaftsverfassungen verfehlt wird. (Sehr gut!) Der ganze Geist innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist anders geworden. Ich glaube, der Kollege Walcher weiß von alledem nichts. (Sehr gut!) Wenn man von der Gewerkschaftsbewegung sprechen will, muß man in ihr tätig gewesen sein, als es noch Mut kostete, in ihr zu arbeiten. (Wohlfahrt Beifall.) Sie werden es verstehen, daß wir alten Gewerkschafter das Wort nicht gern zerstreuen lassen, an dem unser Leben, Blut und Schweiß fließt. Der Pessimismus über die Gewerkschaftsbewegung ist also keineswegs berechtigt. Die Berliner der Selbst Lenin erklärte, daß er sich im Tempo der Weltrevolution geirrt hätte. Welchen Aufschwung der Geister wir in den letzten Jahren erlebt haben, kann man am besten daran erkennen, wenn man, wie ich, einige Jahre nicht im Betriebe war. Ich war erkrankt, zu sehen, wie die Arbeiter jetzt auftreten. Sie gehen jetzt aufrecht und gerade, stehen nicht mehr in unterwürfiger Haltung vor dem Unternehmer wie früher. (Sehr richtig!) Als ich diesen Geist, diese Mannhaftigkeit und Energie sah, sagte ich mir, eine solche Revolution wie in den letzten drei Jahren, hat Deutschland seit Luthers Zeiten nicht mehr erlebt. Der russische Geist ist erwacht. Ohne Angst vor der Obrigkeit will jeder sein Schiffelein selbst zimmern. Wenn es auch nicht überall zutreffen mag, die Revolutionierung des Geistes ist da!

Die Einsicht wird bei den Kommunisten vielleicht ebenso schnell wie bei unseren unabhängigen Kollegen kommen, wenn die kommunistischen Kollegen einmal an der Spitze eines Verbandes stünden. Mit dem Metallarbeiter-Verband können wir es nicht wagen, die Sache wäre zu kostspielig und das Lehrgeld zu teuer. (Seitert und Beifall.) Der Wunsch meines Lebens ist, den Metallarbeiter-Verband nicht nur als die größte, sondern auch als besttätigste Organisation in der Welt zu sehen. — Unser Schriftwesen kostet jetzt 10 Millionen Mark. Diese Ausgabe verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir haben jetzt die Metallarbeiter-Zeitung, die Betriebsräte-Zeitung, die Jugendzeitung und einige kleinere Beilagen. Die größte Zahl der Artikel der Betriebsräte-Zeitung gehörten in die Metallarbeiter-Zeitung selbst hinein. Die Betriebsräte-Zeitung dagegen sollte mehr zu einem Fachorgan ausgebildet werden. Meine Freunde verlangen weiter, daß die periodischen Zeitungen des Verbandes einer Redaktion, und zwar der Metallarbeiter-Zeitung, unterstellt werden. (Sehr richtig!) Der Grund dafür ist, daß der Vorhänge des Verbandes nicht auch gleichzeitig Redakteur sein kann, denn die Arbeit des Verbandes erfordert seine volle Arbeitskraft. Durch das Vorhandensein mehrerer Redaktionen entstehen Streitigkeiten, Mißverständnisse und Eifersüchteleien, wofür ich Beispiele von früher nicht anführen will. Wir wünschen eine einheitliche Redaktion, die die Artikel verteilt und die nötigen Mitarbeiter sucht, so daß das Schriftwesen systematisch geleitet und ausgebaut wird.

Zum Schluß noch eine Anfrage an die kommunistischen Freunde. Ihr müdet uns sehr verpflichtet, wenn ihr ohne Umschweife erklärt, wie ihr zu den Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften steht, besonders dem § 1: "Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden, wie jedes einzelne Parteimitglied." Mit dem Kollegen Haas gehe ich darin einig, daß nach der Rede Dismanns zur Stunde nichts Wichtiges mehr einem innigen Zusammenarbeiten der beiden Richtlinien im Vorstande im Wege steht. (Wah!) Diese Annahme läßt mich hoffen, daß auf die klärende Auseinandersetzung ein besseres Verhältnis folgt, das der erste praktische Schritt auf dem Wege zur vollständigen Einigung sein sollte. Damit werden wir der deutschen Metallarbeiterschaft und der ganzen Arbeiterbewegung einen Dienst von geschichtlicher Größe erweisen. (Wohlfahrt Beifall.)

Dettinghaus (Wevelsburg): Bis zur Stunde ist an den Arbeiten des Vorstandes in den vergangenen zwei Jahren wenig Kritik geübt; es sind nur einige Schönheitsflecken gefunden. Keiner hat bis jetzt behaupten können, in einer grundsätzlichen Frage oder einem Beschluß von Stuttgart habe der Vorstand verfehlt.

Mit dem Kollegen Kummer freue ich mich über den Geist, der draußen und scheinbar auch heute hier herrscht. Damit wir uns aber noch näherkommen, muß ich zu den Ausführungen von Haas etwas in aller Freundschaftlichkeit sagen. Sie, von der Fraktion des Kollegen Haas, müssen weiter zurückgehen als Stuttgart und unsere Gefühle verstehen lernen. Während des Krieges fühlten wir uns verlassen und verraten. Ob mit Recht oder Unrecht, will ich nicht untersuchen, um keine alten Wunden aufzureißen — als wir als Landesvertreter eingezogen in den Schützengräben saßen, während Ihr den Burgfrieden hattet. Wir haben Euch damals gehaßt, weil wir kein Frischblut in den Adern hatten, sondern weil wir während des Krieges Sozialisten geblieben waren. (Wohlfahrt Beifall.) Ihr solltet Euch also in unsere Gefühle hineinversetzen, mit denen wir nach Stuttgart kamen. Wir haßten heute nicht mehr. Die Gefahren von allen Seiten zeigen, daß wir vergessen und vielleicht auch vergeblich müssen, was uns damals geschah. Dazu sind wir bereit. Es ist nicht so, daß der Verband noch in den alten Geleisen läuft. Politik und Wirtschaft ist heute nicht mehr zu trennen. Wir kämpfen heute nicht mehr im Tageskampf, sondern um das Endziel. Nicht Lohn-erhöhung, sondern Änderung der Produktionsform ist heute ausschlaggebend. (Sehr richtig!) — Der Name des Kollegen Schilde ist genannt worden. Wenn einer den Kollegen Schilde ehrt und achtet, bin ich es. Ich unterschätze seine Verdienste um den Verband nicht, aber seine größte Tat war es, als er im geeigneten Moment das Schicksal des Verbandes über seine Person stellte. Wenn alle den Verband über persönliche Verärgerung und vermeintliches Unrecht setzen, wird die Annäherung weiter fortschreiten. (Wah!)

Wir wollen versuchen, uns näherzukommen, und ich sage: Es trennt uns sehr wenig. Uns trennt eigentlich nur der Begriff der Masse und des Führers. Ihr Freunde von links habt viel Phantasie. Ihr wünscht, die Massen wären so, wie Ihr sie wollt. Damit ist es aber nicht getan. Maßstäbe für den revolutionären Glanz der Masse waren die Wahlen zu diesem Verbandstag, wobei über 70 Prozent der organisierten Metallarbeiter sich als Schlafmüher erwiesen haben, und ein weiterer Maßstab, wie es mit dem Opfermut der Masse aussieht, werden die Verhandlungen über die Beitragsverhöhung sein. (Sehr richtig!) Es wäre revolutionär und wir bekämen damit die Möglichkeit, wenn auch nicht in ganz Deutschland, so doch begierigweise, gewaltige planvolle Bewegungen zu führen, wenn wir heute beschließen könnten, das revolutionäre Proletariat der Metallarbeiter zählt einen Stundenlohn als Beitrag. Aber ich befürchte, daß auch Ihr ernsthaftes Bedenken habt, diese Belastungsprobe dem Proletariat zuzumuten. (Sehr richtig!) Da werdet Ihr uns gestalten müssen, daß wir Mistrauen haben, wenn Ihr sagt, wir können mit diesen Massen in den Kampf gehen, wochenlang, monatelang werden sie standhalten. Ich konstatiere das nur, um Euch zu zeigen, was uns trennt. Wir sind aber bereit, heißen Herzens mit Euch zu eingen, daß der Geist des Proletariats noch opfermutiger, noch revolutionärer wird. Darüber sind wir wohl einer Meinung: Die Erringung der politischen Macht ist ein Kinderpiel in Deutschland gegen die Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Macht. (Wohlfahrt Zustimmung.) Das Proletariat will am Tage nach der Ergreifung der Macht auch sehen, daß irgend etwas geschaffen wird, daß seine Bedürfnisse besser befriedigt werden als bisher. Dazu gehört das, was erfruchtlicher Weise der Vorstand in den letzten zwei Jahren mit Unterstützung im Lande mit allen Kräften getan hat, die Schaffung der Betriebsräte. Es ist ein leeres Geschwätz, wenn man sagt, wir haben ja Direktoren, wir haben Angestellte, die werden bei uns genau so ihre Arbeit verrichten, wie sie es beim Kapital getan haben. Rußland sollte uns beweisen, daß das nicht der Fall ist. Zum Aufbau des Sozialismus genügt es nicht, daß die Angestellten im Produktionsprozess ihre Pflicht tun wie Bürokraten, sondern dazu gehört, daß sie mit jeder Faser ihres heißen Herzens dabei sind, den Sozialismus aufzubauen. (Sehr wahr!) Nicht mit Drohungen, nicht mit Gewalt zwingt man sie, produktiv tätig zu sein, die Volkswirtschaft zu heben, damit die Bedürfnisse des Volkes besser befriedigt werden können. Wer behauptet, wir hätten 1916 die wirtschaftliche Macht, die Herrschaft der Produktion übernehmen können, der erzählt dem Volk etwas, was er nicht verantworten kann. (Sehr wahr!) Wenn wir aber 1916 schon die Betriebsräte gehabt hätten, dann wären wir mindestens ein Ende weitergekommen. Wenn wir die Produktionsleitung regeln wollen, müssen wir die Mäße geschult und gegliedert haben innerhalb der Industrierverbände. Auch auf diesem wirklich revolutionären Gebiet hat der Vorstand sein Menschenmöglichstes getan. (Sehr richtig!)

Wenn wir so die konkreten Forderungen des revolutionären Kampfes der nächsten Zeit herauszufinden, dann werden wir uns auch gerade eine Einigkeit im Proletariat, die sich bis in die kleinsten Fragen werden wir uns in kleinen Fragen immer sachlich auseinandersetzen müssen, wir werden es aber fertig bringen, einig zu sein in großen Fragen. Verfahren wir nach dieser Richtlinien, dann werden wir uns näherkommen und werden uns letzten Endes finden in dem Kampf um die Befreiung des Proletariats. (Wohlfahrt Beifall.)

Begmann (Essen): Der Kollege Haas hat den Kollegen Dismann ganz gehörig verprügelt, er hat der U.S.P. gewissermaßen eine Grabrede gehalten. Der kommunistischen Fraktion lie wiederholt werden, nicht wahr sind. Die Wirtschaftsprüfung will ein solcher Kongress hat gar kein Recht, Beschlüsse für die Organisation zu fassen. Dismann hat drei Stunden lang eine kommunistische

Bege veranstaltet. (Gelächter.) Die S.P.D. ist der Meinung, die kapitalistische Wirtschaft muß wieder aufgerichtet werden. Wir sagen: Aufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft ist unmöglich, weil der Kapitalismus sich in fortwährender Verfall befindet. Die hohen Dividenden, die heute einzelne große Unternehmungen zahlen, sind noch kein Beweis, daß der Kapitalismus sich im Aufstieg befindet. Ich erinnere daran, daß die Regierung den Unternehmern beträchtliche Staatsmittel in den Rücken geworfen hat. Durch die große Arbeitslosigkeit wird unsere Volkswirtschaft schwer geschädigt. Also von einer wirtschaftlichen Erholung kann keine Rede sein. In den Erscheinungen an der Börse zeigt sich der Fieberzustand der kapitalistischen Wirtschaft. Wie Dr. Rathenau sagte: „Die Lagunenstadt unserer Wirtschaft ist zum Einstürzen reif, die Pfähle dieser Lagunenstadt verkaufen mehr und mehr.“ Die deutsche Wirtschaft ist aber mit der schwarz-rot-goldenen Republik auf Weisheit und Verstand verbunden. Wir leben ein lawinenartiges Aufschwellen der Reichsschulden. Keine Steuererhebung vermag den Staatsbankrott aufzuhalten. Der Versuch der Deckung wird immer schärfere Klassenkämpfe hervorgerufen. Die Hoffnung Wirths auf die Einigkeit der Entente ist tödlich. Die deutsche Wirtschaft hängt von der Weltwirtschaftslage ab. In allen kapitalistischen Staaten arbeitet die Inflationspresse, besonders in Europa. Die festzustellende Verschlechterung der Industrie und Wirtschaft bedeutet im internationalen Maßstab, daß die kapitalistischen Länder wie Amerika mit ihrem gewaltigen Aufschwung der Industrie die auf diese Mehrproduktion eingestellte Industrie hochhalten müssen, um nicht selbst in die Pfahle der Verelendung des Proletariats und der Kämpfe zu fallen, in denen wir in Deutschland und Europa stehen. Ein Ausgleich kann unter dem kapitalistischen System nicht geschaffen werden. Die rote Gewerkschaftsinternationale hat diese weltwirtschaftliche Lage genau erfasst und zieht daraus die Schlussfolgerungen. Die Amsterdamer Internationale ist heute noch in einer zahlenschnigen Weisheit. Wir werden in geistigen Kämpfen sachlich, scharf und präzise weiterbringen und uns nicht auf das kleinliche Gebiet treiben lassen, auf das nach unserer Ansicht die Diskussion auf diesem Verbandstag gekommen ist. Nach wir schauen dem Urteil der Geschichte mit aller Ruhe entgegen! Die Zukunft gehört dem Kommunismus trotz alledem. (Lebhafte Beifall.)

Fünfter Tag.

Am fünften Verbandstag kommt die letzte Garnitur der Redner zum Vortrag und berichtet zum Wort.

Buse (Vielefeld): Die Tätigkeit der Mehrheit der Stuttgarter Generalversammlung hat ungewollt durch die Entwicklung der Verhältnisse eine bestimmte Struktur erfahren und so können wir, wenn innerhalb der Organisation so weiter gearbeitet wird, der zukünftigen Vorstand durchaus unterstützen. (Sehr richtig!) Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiterschaft eine jahrzehnte- und jahrhundertelange Entwicklung durchlaufen muß, ehe sie in den Besitz der ganz- und wirtschaftlichen Macht gelangt. Interessant ist, daß wir auch aus dem berufenen Munde des Vorstandes hören konnten, die Menschen seien zum Sozialismus, zum Ergreifen der politischen und wirtschaftlichen Macht noch nicht reif. (Sehr richtig!) Hätte ich ein großes Wort gelassen aus, daß nämlich seine Freunde von den Stuttgarter Geschlossen nicht abgeben. Nach dieser Resolution wird in der Praxis gar nicht mehr gearbeitet. Kollege Dismann und der gesamte Vorstand sind, glaube ich, von dieser praktischen Besichtigung nicht unangenehm berührt. (Sehr gut!) Kollege Dismann sagte auf der Generalversammlung in Berlin am 7. September 1920: „Wenn schon das Wort Arbeiterschaft fällt, sagen die Genossen: Jäh! Schritt vom Leibe. Jeder Betriebsrat, jede Arbeit in Kommune und Parlament ist Arbeiterschaft.“ Ich mache daraus Dismann oder dem Vorstand keinen Vorwurf. Wir können uns freuen, daß es in der Organisation Männer gibt, die ihre Auffassung zurückstellen, wenn sie anderen Verhältnissen gegenüberstehen. Kollege Dettlinghaus hat gestern trotz seiner durchaus vernünftigen Rede ein Wort ausgesprochen, das seiner Sache durchaus nicht dient. Er sagte mit einer gewissen Empfänge: „Wir haben geschäft, als wir nach Stuttgart kamen und ihr müßtet unsere Gefühle verstehen.“ Das ist durchaus nicht sozialistisch gedacht. (Sehr gut!) Wir haben nie den Wutsturm geführt. Unser Leitmotiv war das Wort:

*Wir streben uns die Bruderschaft,
Aus geistiger Söhne das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten.*

Die Rezepte, die uns die Kommunisten empfehlen, sind Eisenbarren an der Gewerkschaftsorganisation und dem gesamten Wirtschaftsleben. Das kommunistische Rezept der länderübergreifenden Schlachten macht die Arbeiterschaft abgekämpft und unfähig, den wirklichen Kampf gegen das Unternehmertum in einzelnen oder größeren Verbänden zu führen. (Sehr gut!) Solange sich die Kollegen der kommunistischen Partei nicht von bestimmten Richtlinien, die sie von außerhalb unseres Verbandes stehenden Stellen bekommen, freimachen, wird eine praktische Organisationsarbeit mit ihnen kaum möglich sein. Die Resolution der S.P.D. können wir natürlich ohne jeden Umfänger unterstützen. Sie enthält viele Worte aber kein Programm. Unse, was ist deine Timorade! (Große Heiterkeit.) Die schon umrittenen Forderungen unserer Resolution stellen den Boden dar, auf den die beiden Fraktionen, die die Führung innerhalb der Organisation heute und in der nächsten Zeit haben, treten können. Der Kampf mag dann kommen, von wo er will, wir werden ihn zum Siege führen, anstandslos zum Sozialismus! (Lebhafte Beifall.)

Ziegler (Heilbronn): Unsere Kollegen im Lande haben nach der gemeinsamen Willenswahl erwartet, daß die großen Geister der beiden Richtungen Einigkeit und Einigkeit genug anbrachten, auch hier ein geschlossenes Vorgehen zustande zu bringen. Ich hoffe, daß das Ende besser sein wird als der Anfang. Es geht ein tiefes Sehen nach Einigkeit durch die Reihen der Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen erkennen, daß Zwietracht sie schwächt und lähmt. Der billige Spott der Kollegen von der kommunistischen Partei, es wäre kein Unterschied zwischen U.S.P. und S.P.D.-Anhängern, kann uns nicht beruhigen. Wir werden es im Gegenteil begrüßen, wenn es einmal so weit kommt, daß kein Unterschied mehr in politischer Beziehung unter den Arbeitern besteht. (Sehr richtig!) Die Arbeiter verstehen es nicht, warum die Einigkeit in den Organisationen nicht möglich sein soll. Wir müssen bald den ersten Schritt tun, um die geschlossenen Fraktionen aus unserer Organisation zu befehlen. (Sehr richtig!) Ein gutes Beispiel unserer Generalversammlung wird die besten Bindungen auf die Arbeiterbewegung und die politischen Parteien haben. Nicht volle Einigkeit herrscht schließlich nur über die Frage: Diktatur oder Demokratie? Wir haben die Demokratie nie abgelehnt. Wir erklären nur, daß der Sozialismus durch die formale Demokratie nicht eingeführt werden kann. (Sehr richtig!) Die Geschichte beweist, daß alle gesellschaftlichen Umwälzungen sich nicht über Gewalt vollziehen haben. (Sehr richtig!) Auch die Demokratie ist ein Mittel für den Kampf. Aber auch alle anderen Mittel, die auf dem Wege zum Sozialismus liegen, wollen und werden wir verwenden. Es verheißt uns die Diktatur des Proletariats. Wir verlangen nicht, daß die Durchführung der proletarischen Diktatur in das Gebiet unserer Verbände angeschlossen wird. Um abzuhaken unserer Übergang in Bezug auf diese Frage können wir also geschloßen und einzig im Interesse der Metallarbeiter zusammenschließen. Ich frage mich, daß die S.P.D.-Kollegen sich in ihrer Entscheidung nicht auf den Boden der Arbeiterschaft stellen, sondern auf den des proletarischen Klassenkampfes gestellt haben. (Sehr richtig!) Arbeiterschaft heißt, was wir eine Einigkeit, wenn sich Unternehmungsorganisationen und Arbeiterorganisationen freiwillig zusammenschließen, um gemeinsam die Forderungen der Produktion zu befriedigen. Diese Arbeiterschaften müssen wir ablehnen; die Interessen der Arbeiter und Arbeiter sind nicht identisch. Der Kollege Haas hat sich mit seinen Forderungen aus langer Rede Dismanns in Stuttgart zu sehr auf den Versuch eingelassen. Das war eine kleine persönliche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Die Zeiten sind zu ernst, als daß wir uns noch eine solche Spielerei erlauben können. Kollege Haas, du lebst doch das bekannte Wort: Es mir drei Worte und ich bring dich an den Galgen! Dismanns Reden haben, ob er das Wort „revolutionär“ gebraucht oder nicht, stets einen Zweck, revolutionären Zwecke. Niemand wird behaupten, daß Dismann ein großer

Organisationskünstler besitzt. In der gegenwärtigen, flurbewegten Zeit, wo unsern Verbände so viele Gefahren drohen, brauchen wir eine entschiedene feste Führung in unsern Verbänden. Der Kollege Walcher warf dem Vorstande vor, daß er vor dem Kampfe zurückschrecke wegen der Konsequenzen. Wenn aber der Vorstand seine Kämpfe so leichtfertig und frohd einleitet und durchzuführen wollte, wie es z. B. von der S.P.D. beim Märzputsch geschehen ist, so gehörte er in eine Wasserstrickmühle. (Sehr gut.)

Bras (Weinheim): Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß trotz der scheinbaren Einigkeit über die Methoden, wie wir zur Befreiung des Elends der Arbeiterklasse kommen, ganz verschiedene Auffassungen hier vertreten sind. Die Stellung zur gewerkschaftlichen Aktion folgt naturgemäß aus der politischen Auffassung des Einzelnen. Die politischen Parteien wären politische Kindschöpfe, wenn sie nicht versuchen wollten, ihre politische Auffassung auch in der Gewerkschaftsbewegung zum Durchbruch zu bringen. Wo nun einmal das leidige Verhältnis in der Arbeiterbewegung vorhanden ist, daß drei politische Auffassungen oder vier um den Einfluß in der Arbeiterbewegung ringen, wollen wir da wie alle Welber greinen darüber, daß sich das auf die Gewerkschaftsbewegung überträgt? Deshalb sage ich: Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes zur Bekämpfung der S.P.D.-Vorstellung ist verhandlungsbildend, ist gegen die Einheitsfront des Proletariats gerichtet.

Unser Resolution gibt nach unserer Auffassung eine vorbereitende Basis für die Einheitsfront des Proletariats ab. Aber die Einheitsfront darf nicht, wie wir das beim Skapp-Putsch erlebt haben, wenn sie etwas erreicht, wieder das Grabsteine zurückgehen. Mein damals der U.S.P. mit seiner großen gewaltigen Macht hinter den Vieselfelder Kauten stehen geblieben wäre, dann hätten wir unsere freigewerkschaftlich organisierten Ortsvereine gehabt und mancher revolutionäre Arbeiter läge jetzt nicht unter dem Luhen Dafen, sähe nicht hinter Justizhausmauern. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Also, es gilt den freien Kampf der Weiter zur Austragung der politischen Gegensätze. Stellt dahinter den Willen zur Tat, den Willen, an den Strafen zu scheitern festzuhalten, dann wird das Proletariat auch den freien Gewerkschaften folgen und dann erst wird der Sieg dem Proletariat sicher sein. (Lebhafte Beifall bei der S.P.D.-Fraktion.)

Fredel (Chemnitz) wünscht, daß die „Metallarbeiter-Jugend“ mehr dem Beständnis der jugendlichen Kollegen angepaßt wird und in größerer Umfange achtungspoll. Die Reichsjugendkonferenz hätte nicht nach, sondern vor dem Verbandstag abgehalten werden sollen, damit die Wünsche, die dort zum Ausdruck kommen, dem Verbandstag hätten unterbreitet werden können. Notwendig ist eine gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens. In dieser Richtung hätte der Verbandsvorstand mehr tun müssen. Die Sache ist seit zwei Jahren in dem sogenannten Reichsausschuß des U.S.P. begraben. In den Besprechungen sollte man Kräfte heranziehen, die sich besonders der Arbeit unter den Jugendlichen widmen.

Emil Barth (Berlin) weist darauf hin, daß die Bildungseinrichtungen für die Betriebsräte am besten durch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale geschaffen werden. Wenn die einzelnen Verbände besondere Einrichtungen auf diesem Gebiete schaffen, so führt das zur Desorganisation. Die Betriebsräte sind in erster Linie Betriebsräte und werden erst Funktionäre der Organisation. Sie müssen ohne jeden Beruf: von Betriebs- und Organisationsgenossen ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben erfüllen. (Bravo!)

Wes (Willingen) schließt sich dem Druck des französischen Militarismus und Kapitalismus im Saargebiet. **Petersen** (Hamburg) geht auf die Verhältnisse auf den Werften ein und bittet den Vorstand, alles daranzusetzen, die Interessen der Werftarbeiter zu vertreten.

Sander (Dresden) betont die Notwendigkeit der Bildung einer Einheitsfront auch mit den Kommunisten. Es sei erfreulich, daß die Resolution der Kommunisten kein ausdrückliches Verbot für Mostau enthalte. Die Amsterdamer Internationale müsse nach Kräften gefördert werden.

Kraus (Stuttgart) führt Beschwerde darüber, daß das Selbstbestimmungsrecht der kommunistischen Stuttgarter Ortsverwaltung nicht gewahrt werde. Der Vorstand des Verbandes verwende seit 1920 seine Zeit in weitgehendem Maße zu einer Kommunistenhebe. Das stehe im Widerspruch mit den Werten von der Einheitsfront. Darauf wird die Debatte zum Geschäftsbericht geschlossen.

Ein Dringlichkeitsantrag, alle drei Fraktionen zu beauftragen, zu versuchen, eine gemeinsame Entschloßung zustande zu bringen, wird im Hinblick auf die grundsätzlichen Gegensätze mit der S.P.D.-Fraktion abgelehnt.

In seinem Schlusswort geht Dismann zunächst auf die einzelnen in der Debatte geäußerten Wünsche ein. Wenn die Jugendkonferenz nicht vor dem Verbandstag stattfand, so hat dies keine Ursache in andern Konferenzen und Arbeiten. Wir bedauern mit Friedel, daß die Arbeiten in der Kommission des U.S.P. nicht von jetzt kommen; an uns liegt es nicht. — Dem Kollegen Barth möchte ich sagen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Bildungsfragen selbständig handhabend voranzugehen versuchen muß, was nicht hindert, gleichzeitig auch die Bildungsarbeiten der gesamten freien Gewerkschaften mit allen Kräften zu fördern. (Sehr richtig!) Hierzu besteht keine Meinungsverschiedenheit. Das Gebiet ist so riesig und unsere Mitgliederzahl so bedeutend, daß wir uns nicht allein auf das einleiten können, was allgemein geboten wird, sondern dem unsere eigene Bildungsarbeit an die Seite stellen müssen. — Mit dem Kollegen Rang will ich nicht über die Rechte des Ausschusses streiten. Der Vorstand denkt nicht daran, die im Statut festgelegten Rechte und Funktionen des Ausschusses anzutasten. — Haas beschwerte sich darüber, daß der Verbandsvorstand bei den Anstellungen einseitig vorgehen würde. Tatsache ist, daß wir nach dem Stuttgarter Verbandstag im Hauptbüro Kollegen aus allen drei Fraktionen angestellt haben. Bei der Anstellung von Beauftragten sind wir nach dem Statut an die Vorschläge gebunden, die uns von den erweiterten Bezirkskommissionen zu machen sind. Danach haben wir gehandelt. Aber die Tätigkeit einzelner Angestellten werden stets Weltanschauungsbekunden bestehen. Was die Frage anlangt, ob der Vorstand recht genau hat in seiner Stellungnahme bei Ausschüssen aus dem Verbande, so halten Sie sich: bei dem ganzen Streit um die Betriebsräte um vorigen Jahre ist vom Gesamtverband nicht ein einziger Ausschluß geschloßen worden. Wir haben uns dadurch durchgesetzt, daß wir in geistigen Kämpfen im Lande versucht haben, nachher getragen durch die Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses, der Sache Herr zu werden. Das änderte sich bei dem Kampfe Mostau oder Amsterdams dadurch, daß planmäßig und methodisch dazu übergegangen werden ist, eine Organisation innerhalb der Organisation zu schaffen. Dadurch wurde das Verbändegetriebe auf das Grinste gefährdet. (Sehr wahr!) Auch das planmäßige Treiben auf den Werften, bei der Bewegung in Mittelbrunnland sind Tausende von Kollegen aus der Organisation hinausgetrieben worden, ganz abgesehen davon, daß der Verband Willkuren an Unterstellungen hat zahlen müssen bei Straß, die planmäßig gegen die Gewerkschaftsleitung injiziert worden sind, was uns dann in Dusseldorf von Hüllen einfach das Chaos der Niederlage zu überlassen. Durch solche Niederlagen verlieren die Arbeiter die Widerstandsfähigkeit und das Arbeitgebetrum hat dazu freie Hand, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. (Sehr richtig!) Es haben hier fünf Redner der S.P.D. gesprochen. Ich frage Sie: Wer von den Parteien ist eingegangen auf die Streitfrage Mostau oder Amsterdams? (Sehr gut!) Wer von ihnen ist eingegangen auf die Hoffnungen des Jenseits kommunistischen Parteitag für die Tätigkeit in den Gewerkschaften? Wer ist eingegangen auf die Beschlüsse, die wir jetzt seit Jahresfrist Tag für Tag aber uns ergeben lassen wollten, wir wären gelb? Kein Wort davon, weil man auf dem Verbandstag das gar nicht wagen kann. (Stürmische Zustimmung.) Wer von den kommunistischen Rednern ist eingegangen auf das Treiben bei der Betriebsbewegung, wo jetzt gerade auf der Straße liegen? (Antwort: Romdiele) Aus Carus Rande hört sich dieser Jenseits wohllich schon an. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind in der Arbeitslosfrage angegriffen worden. Hat auch nur einer der kommunistischen Redner gewagt, hier zu behaupten, daß wir unsere Pflicht den Arbeitslosen gegenüber nicht getan hätten? Hat man irgendwas sachlich begründet, warum

wir Selbe, warum wir „Arbeiterverräter“, warum wir „Rettenhunde“ der Bourgeoisie sind usw.? Wenn Haas glaubte, Sie aufmerksamer machen zu müssen auf Internia im Rahmen der U.S.P., so bin ich es meiner Partei schuldig, an dieser Stelle nicht alle Einzelheiten auszukramen, die sich im Schoße meiner Partei abgespielt haben. Aber was im Schoße meiner Partei gesah, wo ich dabei war, das kann ich rechtfertigen. Im übrigen weiß Haas, daß es meinem Einfluß mitzuberichten war, daß unsere Partei sich auf einen schiefen Weg gegenüber den Gewerkschaften nicht drängen ließ. (Hört, hört!) In dem Aufruf der Parteileitung der U.S.P. nach dem Galler Parteltag habe ich nicht mitgewirkt. — Das Selbstbestimmungsrecht der Verbänden denkt niemand von uns anzutasten. Über die Selbstbestimmung muß sich halten im Rahmen der Förderung der Gewerkschaftsinteressen. Wenn man von verantwortlichen Beamten verlangt, daß sie die Geschäfte des Verbandes führen sollen nach dem offenen Brief der S.P.D., dann ist es Pflicht des Vorstandes, einzutreten. — Gegenüber den Ausführungen von Haas will ich nicht durch das Aufschieben von hundert Einzelheiten der letzten zehn Jahre etwa das dünne Band eines engeren Zusammenkommens wieder zerreißen. (Sehr richtig!) Ich will das Einigende der Gegenwart voranzustellen, um uns in der Zukunft näher zu bringen. Das Jirtular beim Berliner Metallarbeiterstreik wurde verschickt, als ein Teil von uns noch gar nicht in Stuttgart war, ich auch nicht, aber für die Handlungen der einzelnen Vorstandsmglieder übernehme wir gemeinsam und solidarisch die Verantwortung. Mit der Ablehnung der Arbeitgemeinschaften lehnen wir nicht auch ab, Tarife abzuschließen, Verhandlungen mit den Unternehmern zu pflegen. Auch in der letzten Ausschlußsitzung des U.S.P. ist betont worden, daß die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Arbeitsgemeinschaften nichts zu suchen habe und es ist weiter in derselben Sitzung auf das tiefste bedankt worden, selbst von denen, die heute noch Anhänger der Arbeitgemeinschaften sind, daß ein Teil von Gewerkschaftsvertretern in den Arbeitsgemeinschaften ihre Pflicht nicht erfüllen, daß sie versagt haben, daß sie in den Arbeitsgemeinschaften Lohnerhöhungen herausgeholt und im selben Augenblick den Arbeitgebern höhere Preise bewilligt hätten. Eine solche Tätigkeit hat mit Arbeitsinteressen nichts mehr zu tun. (Sehr richtig!) Im Eisenwerkverband arbeiten wir als Klassenvertreter mit und ebenso in den Außenhandelsstellen, die Organe der deutschen Regierung sind.

Kollege Haas wies auf meine Darlegungen über die Wirtschaftskennntnisse hin. Habe ich jemals in der Arbeiterbewegung die Bedeutung der Wirtschaftskennntnisse verneint? Wer mit mangelhafter einfacher Volksschulbildung ins Leben geschickt wurde und sich nach schwerer Arbeit in fauren Klagen um die Existenz das Bischen an eigenen Wissen, das er heute sein Eigen nennt, erwerben mußte, hat wohl in seiner eigenen Lebensarbeit den Beweis dafür angetreten, daß er die Bedeutung von Wirtschafts- und anderen Kenntnissen niemals unterschätzt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe auch niemals gesagt, der Sozialismus ist von heute auf morgen zu verwirklichen. Nach dem Protokoll habe ich in Stuttgart vielmehr gesagt: „Keiner denkt daran, zu sagen, der Sozialismus kann bis zum letzten Rest in der nächsten Frist verwirklicht werden.“ (Hört, hört!) Darauf habe ich den Unterschied zwischen den reifen Großindustrien und Schlüsselindustrien, wie Kohle, Eisen usw. und den kleinen Handwerkbetrieben, der kleinen Landwirtschaft usw. auseinandergesetzt um so in Stuttgart darzulegen, daß ich das U.S.P. vom Sozialismus nicht erst gelernt habe, als ich Verbandsvorsitzender wurde. Also würdigt den Mann objektiv, dann werdet Ihr vielleicht zu einem anderen Urteil kommen. — Wir können mit dem Sozialismus nicht warten, bis der letzte Mann aus unseren Reihen sozialistisch gekullt ist. (Sehr gut!) Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist reif, um von dem Proletariat zu einer sozialistischen Produktions- und Verbrauchswirtschaft umgewandelt zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Ihr sagt, uns fehle der Mut, die Konsequenz, wir hätten Angst vor dem Siege; — nein, gelingt es uns, Voraussetzungen für den proletarischen Sieg zu schaffen, nämlich zuerst die Kräfte einheitlich und geschloßen hochzubringen, dann sind wir sehr wohl in der Lage, das Proletariat zum Siege zu führen. Wenn wir aber den Gegner nur im Augenblick der Gesamtbegeisterung überwerfen und uns nach drei Tagen den Kopf wieder gegenfellig einhängen, dann ist das Schicksal der deutschen Arbeiter auf Jahrzehnte befestigt und das möchte ich nicht. (Sehr richtig!) Ich habe die Hoffnung, daß, wenn wir uns erst einig sind, auch ein Teil des Kopfproletariats uns wieder näherkommen wird. (Sehr richtig!) Wir müssen die drei Glieder Arbeiterorganisation, Angestelltenorganisation und Beamtenorganisation einander näherbringen, damit sie sich verstehen.

Wenn nun von den Kommunisten gesagt wurde, durch die Revolution haben die Gewerkschaften mehr bekommen, als in zurückliegenden dreißigjähriger Gewerkschaftsarbeit, so wiederhole ich das an anderen Stellen oft gesagt: Den Zustrom der proletarischen Massen nach der Revolution verdanken wir in erster Linie mit den Männern, die vor 10 und 15 Jahren die Fundamente für das legen, was wir heute besitzen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß die Abkommen von Berlin und Viesefeld beim Skapp-Putsch nicht gehalten worden sind, ist gewiß tief zu beklagen, aber kommunistische Führer waren mitbeteiligt an den Verhandlungen des U.S.P. die ganze Woche hindurch, und dann stellten sich dieselben Personen drei Tage nachher vor die Masse und sagten: Seht die Verräter, die uns mit dem Abkommen in den Rücken gefallen sind. (Lebhafte hört, hört! Zurufe und große Unruhe.) Also ich sage: die Spuren schrecken! Die erste primitive Voraussetzung für einen Erfolg ist die gegenseitige Treue. (Bravo!)

Beschwerden beim Vorstand über die Betriebsräte-Zeitschrift sind bisher nicht eingegangen. Wir haben die Mitarbeiter ohne Unterschied der Parteien herangezogen, selbst bürgerliche Ökonomen, wenn ihre Feder dies Ziel zuließe. Auch unserer Überzeugung liegen zwingende Gründe dafür vor, daß die Betriebsräte-Zeitschrift nicht rebugiert wird. Ihr Wert liegt gerade darin, daß sie über das nächste sachliche Gebiet hinaus weiteren Lebensoffen bleibt. Bei dem ganzen Charakter der Betriebsräte-Zeitschrift kann der Vorstand das Organ nicht ganz aus der Hand geben. Wir sind der Auffassung, was über den Rahmen der Metallarbeiter-Zeitung hinausgeht, was die Funktionen bekommen, dafür ist der Gesamtverband verantwortlich. — Daß die Resolution der S.P.D. die Frage Mostau oder Amsterdams nicht behandelt, berechtigt die S.P.D. um so weniger, uns Mangel an Mut, Mangel an Konsequenz vorzumwerfen. (Sehr gut!) Die Resolution der S.P.D. in Bezug auf den Eisenwerkverband ist unannehmbar. — Ich hoffe, es wird gelingen, die Resolutionen der S.P.D. und U.S.P. miteinander zu verbinden. Sie enthalten nichts, was wir nicht gemeinsam annehmen können. Im Interesse des Verbandes würde ich mich darüber freuen, wenn wir mit erdrückender Mehrheit eine einheitliche Kundgebung hinausgehen lassen könnten. Ich hoffe, es kann in absehbarer Zeit ein Grabschlag gelungen werden, nicht etwa der U.S.P., nicht der S.P.D. und nicht der S.P.D., sondern der Zerrissenheit des deutschen Proletariats. (Sehr gut!) Wir haben nie daran gedacht, Kollegen auszuschließen, weil sie der kommunistischen Partei angehören. Zum Siege des Proletariats brauchen wir alle, auch Euch. — Wenn einmal über die Schnur gehauen wird, nehmen wir es nicht übel. (Zurufe bei den Kommunisten: Unannehm!) Der Vorstand hat in den Fällen, wo die Kollegen ihre Fehler einsehen, ein milderes Urteil gefällt und es bei einer Rüge bewenden lassen. Wenn aber ein Teil erklärt, wir haben es getan und werden es weiter tun, vor allem die Einberliner der Konferenz, die heute noch höhnisch unsere ersten Beratungen mitanschauen — dann sage ich: nein, Milde, wo sie am Platze ist, aber wo die Selbsterhaltung des Verbandes in Frage steht, darf kein Freibrief ausgestellt werden! Wenn den Metallarbeitern im Reich gezeigt wird, daß mit Konsequenz der Herabwürdigung des Verbandes Widerstand geboten wird, dann wird der Verband die gesunde Entwicklung nehmen, die er braucht. (Sehr gut!)

Wenn in einer Zeitung vielleicht freundschaftlich gesagt wurde, daß alle Kämpfernaturen sei ich, aber etwas ermüdet und resigniert, dann war das Letztere dem Umstand zuzuschreiben, daß ich in den ersten Tagen an keiner angenehmen Stelle saß. Im Saal waren die streifenden Geister und ich konnte nicht eingreifen. Zunächst mußten sich die Bogen von selbst glätten. Aber ich verspreche Ihnen,

wie wir bisher Sturm und Wetter getrotzt haben, das wir bis zum letzten Atemzug die Einheit der Gewerkschaftsbewegung aufrecht erhalten, daß wir die Arbeiterbewegung in Deutschland und darüber hinaus nicht dazu benutzen, uns gegenseitig umzubringen, sondern den Gegner zu fassen. Ich hoffe, wir werden die Zeiten erleben, wo wir wieder in Reih und Glied auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes kämpfen. Wenn Ihr das Gedächtnis, das ich Euch ablege, Euch zu eigen macht, wenn wir uns die Bruderhand reichen, dann wird das Beispiel zünden und die Arbeiterklasse wird es uns danken. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Nachmittagsitzung.
In der Nachmittagsitzung wird zunächst die folgende Erklärung der R.P.D. Fraktion auf die Anfrage stimmers verlesen:

„Die Richtlinien des Jenaer Parteitag für die Tätigkeit der Kommissionen in den Gewerkschaften verpflichten die Kommissionen nicht zur Durchbrechung des Verbandsstatuts oder irgend welcher Verbandsbeschlüsse.“

Wir halten es für unsere Pflicht, die seit Monaten von Gewerkschaftsorganen und dem Vorstand verbreiteten Behauptungen, die Kommissionen wollten Beschlüsse der Organisation durchbrechen oder die Gewerkschaften auf Auflösung von Moskau oder ihrer Parteizentrale gestören, als Verleumdung zurückzuweisen.

Wir erklären aber weiter, daß wir uns nicht das Recht nehmen lassen, innerhalb der Grenzen des Verbandsstatuts auf die Änderung der nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.“

Nach einem kurzen Schlußwort des Ausschussvorsitzenden Lang, in dem er seiner Freude darüber Ausdruck gibt, daß der Vorstand den Verbandsausschuß als immerhin wichtiges Glied der Gesamtorganisation anerkannt hat, und in dem er mahnt, bei den Ausschüssen der Kommunisten daran zu denken, daß die Organisation als Ganzes in ihrer Stärke erhalten werden muß, und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird zunächst den Kassierern Entlastung erteilt. Hierauf werden die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge erledigt. Der größte Teil der Anträge wird als erledigt betrachtet durch die noch zu beschließende gemeinsame Resolution der S.P.D. und U.S.P.-Fraktion, deren Vorstand noch nicht feststeht. Eine weitere Anzahl von Anträgen wird dem Vorstand zur Berücksichtigung bzw. Erledigung überwiesen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, bei den zuständigen Stellen zu fordern: 1. Aufhebung des Belagerungsstatus, 2. Aufhebung der Sondergerichte, 3. Aufhebung der Ortschaft. Mit großer Mehrheit angenommen wird ferner ein Antrag, der den Vorstand verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kriegsmunition und Kriegsmaterial zu unterbinden. Dem folgte die Beratung des Statuts, die auch in den nächsten Tagen noch fortgesetzt wurde. Für die Kommissionen berichteten Duran-Röhn und Leipzig Berlin. Die Kommission schlägt prinzipiell vor, von einem Abbau der Unterstützungen abzusehen, vielmehr sowohl die Beiträge, wie eine Anzahl Unterstützungen wesentlich zu erhöhen. Nach einer kurzen Generaldiskussion und einer ausgedehnten Spezialdebatte, in der u. a. vorgelegten wurde, eine neue Beitragsklasse für die ungelerten und schlecht bezahlten Mitglieder einzufügen, wurde schließlich den Vorschlägen der Kommission zugestimmt. Danach betragen nunmehr die Beiträge: In der Klasse I: 4.— M., in der Klasse II: 2,50 M., Klasse III mit 70 Pf. Beitrag gilt für Gehrlinge sowie für jugendliche, männliche und weibliche Mitglieder im Alter bis zu 16 Jahren.

Gehrlinge, die gegen Kost und Logis beschäftigt sind, oder deren Stundenlohn nicht über 50 Pf. beträgt, können der Beitragsklasse IV beitreten.

Weibliche Mitglieder, die nicht mehr in Arbeit stehen, aber ihre Mitgliedschaft aufrecht erhalten wollen, können auf Antrag in die Klasse IV eingereiht werden.

Von den Unterstützungen sind erhöht die Erwerbslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Streik- und Maßregelungsunterstützung. Nicht erhöht sind die Anzugsunterstützung und das Sterbegeld.

Das Sterbegeld beträgt nunmehr 5 M., für den Tag und wird in 72 aufeinanderfolgenden Wochen in Klasse I für 60, Klasse II für 45, Klasse III für 30 Tage gewährt. Die übrigen Bestimmungen sind unverändert geblieben.

Die Erwerbslosenunterstützung ist folgendermaßen beschloffen. Es wird gewährt:

in Klasse I (4.— M. Beitrag)				
bei einer Wittwenbeihilfe dauer von	den Tag	die Woche	für Wochen	zusammen
52—156 Wochen	3,40 M.	20 M.	20	400 M.
mehr als 156—260	3,50	21	20	420
260—364	3,70	22	20	440
364—468	3,90	23	20	460
468—572	4,00	24	20	480
572	4,20	25	20	500
in Klasse II (2,50 M. Beitrag)				
52—156 Wochen	2,50 M.	15 M.	20	300 M.
mehr als 156—260	2,70	15,75	20	315
260—364	2,80	16,50	20	330
364—468	2,90	17,25	20	345
468—572	3,00	18	20	360
572	3,20	18,75	20	375

Ferner wird zu dieser Unterstützung noch beschloffen, um den Erwerbslosen entgegenzukommen, dem § 10 folgenden neuen Absatz anzufügen:

Erwerbslose Mitglieder, die bereits vor der 52. Woche längere Zeit erwerbslos sind, haben Anspruch auf Unterstützung mit Beginn der 53. Woche. Die vorhergehende Erwerbslosigkeit wird als neben-tägige Marxzeit angerechnet, Voraussetzung ist, daß die Beiträge für 52 Wochen geleistet sind.

Der Abs. 7 des § 10 erhält folgende Fassung:

Das zeitweise Verkürztarbeiten gilt als Arbeitslosigkeit und kann dem davon Betroffenen während derselben Erwerbslosenunterstützung gewährt werden, wenn die Arbeitszeit auf mindestens 24 Stunden in einer Arbeitswoche herabgesetzt wird und nicht die Geschäftsinventuren zur Ursache hat. In diesem Falle hat das Mitglied nur dann Anspruch auf Unterstützung, wenn es sich vom ersten Tage des Verkürztarbeitens der von der Verbandsleitung vorgehene regelmäßigen Kontrolle unterwirft.

Als Maßregelungsunterstützung werden für die Mitglieder, die noch nicht 26 Wochen Mitglieder sind, folgende Sätze beschloffen:

- I. Klasse 8.— M. für den Tag, 48.— M. für die Woche
- II. „ 6.— „ „ „ 36.— „ „ „
- III. „ 5.— „ „ „ 30.— „ „ „

In übrigen wird die Maßregelungsunterstützung auf folgende Sätze erhöht:

- I. Klasse 15.— M. für den Tag, 90.— M. für die Woche
- II. „ 10.— „ „ „ 60.— „ „ „
- III. „ 5.— „ „ „ 30.— „ „ „

Die Zuschläge für Frauen und Kinder verheirateter Mitglieder werden in beiden Fällen verdoppelt.

Dieselbe Erhöhung erhält die Streikunterstützung.

Bei den Bestimmungen des Statuts über das Ausschlußverfahren wird eine neue Bestimmung aufgenommen, wonach in Fällen, wo die Beschuldigung unklar ist und die Einleitung eines Ausschlußverfahrens eine Härte bedeuten würde, anstelle dieses Verfahrens ein Feststellungsverfahren eingeleitet werden kann zur Prüfung und Befriedigung der Beschuldigung.

Die R.P.D. Fraktion brachte bei dieser Gelegenheit einen Antrag ein, wonach ein Ausschluß von Mitgliedern wegen ihrer politischen Anschauung nicht erfolgen dürfe.

Der Verbandstag trat dem Vorschlag der Kommission bei, die diesen Antrag als überflüssig abgelehnt hatte mit der Begründung, daß eine Ausschließung aus politischen Gründen aus dem Verband nicht erfolge.

Über die Bestimmungen des Statuts, betreffend die Zusammenlegung des Vorstandes, wurde erst am Sonntag eine Verständigung

zwischen der S.P.D. und U.S.P.-Fraktion erzielt. Es wurde beschlossen, daß die Hauptverwaltung des Verbandes statt bisher aus 19, in Zukunft aus 22 Mitgliedern bestehen soll. Die Zahl der Vorsitzenden wird von 8 auf 4 erhöht, die Zahl der Sekretäre von 4 auf 5 und die Zahl der Beisitzer von 10 auf 11. Die Redakteure sollen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstandes teilnehmen. Die elf unbesoldeten Beisitzer sollen nicht mehr von den Mitgliedern am Sockel des Vorstandes, sondern von der Generalversammlung gewählt werden.

Ein Antrag der R.P.D. Fraktion, die Wahl des Vorstandes nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmen, wurde gemäß dem Antrag der Kommission abgelehnt, weil dieses System für die Gewerkschaften nicht passe.

In Hinblick auf den außerordentlich großen Umfang der diesmaligen Generalversammlung mit ihren 800 Teilnehmern wurde beschlossen, daß in Zukunft statt auf je 2000, auf je 4000 Mitglieder ein Delegierter kommt.

Das neue Statut tritt mit dem 30. Oktober 1921 in Kraft, so daß die erhöhten Unterstufungen erstmalig in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November zur Auszahlung kommen.

Die Neueverteilung der Gehälter für die Angestellten des Verbandes rief ebenfalls längere Debatten auf dem Verbandstag hervor. Der erste Vorschlag der Kommission, die Angestellten in elf Klassen einzuteilen, wurde scharf bekämpft und schließlich mit großer Mehrheit nochmals an die Kommission zurückverwiesen. Die dann von der Kommission nach neuer Beratung vorgelegten Vorschläge wurden in der Hauptsache angenommen. Die neuen Gehälter treten ab 1. September d. J. in Kraft. Es wurden zwei Gehaltsstufen festgelegt: die eine für Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter und Angestellte im Hauptbüro, die andere für die Angestellten in den Verwaltungsteilen.

Die erste Gehaltsstufe wird in fünf Klassen geteilt, für die die folgenden Gehälter festgelegt werden:

	Anfangsgehalt	Endgehalt
I. Vorsitzende, Kassierer, Volkswissenschaftler	2700,— M.	3100,— M.
II. Sekretäre und Redakteure	2600,—	3000,—
III. Bezirksleiter	2400,—	2800,—
IV. Bezirkssekretäre	2300,—	2600,—
V. Büroangestellte	2000,—	2400,—

Die Steigerung vom Anfangs- zum Endgehalt beträgt jährlich 100 M. Für die Verwaltungsteile werden folgende Sätze als Richtlinien festgelegt, nach denen die Verwaltungsteile sich zu richten verpflichtet sein sollen, und zwar als Mindestsätze:

- 1. Geschäftsführer und Kassierer, die in leitender Stellung stehen, die die Verantwortung für die Verwaltungsteile tragen, erhalten im ersten Dienstjahr 2100 bis 2300 M. pro Monat steigend 4 mal jährlich um 100 M. bis zum Endgehalt von 2500 bis 2700 M.
- 2. Büroangestellte, Beitragskassierer erhalten im ersten Dienstjahr ein Monatsgehalt von 1800 bis 2000 M., 4 mal steigend pro Jahr um 100 M. bis zum Endgehalt von 2200 bis 2400 M.

Wo im Hauptbüro Angestellte mit besonderer Verantwortung Funktionszulagen haben, sollen die bestehenden Verhältnisse nicht verschlechtert werden.

Stenotypistinnen usw. werden nach dem Tarifvertrag des Zentralverbandes der Angestellten entlohnt. Bestehende Sonderzulagen sollen beibehalten werden.

Ferner beschließt der Verbandstag noch, daß allen Angestellten ein gleichmäßiger Urlaub von drei Wochen gewährt wird, jedoch mit der Maßgabe, daß bestehende bessere Verhältnisse dadurch nicht verschlechtert werden sollen.

Am vorletzten Verhandlungstage wurde dann auch die gemeinsame Entschließung der S.P.D. und U.S.P. zum Geschäftsbericht vorgelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Entwicklung seit dem letzten Verbandstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen; die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volksmasse. Die kapitalistischen Friedensverträge und die enge Weltverflechtung der Weltwirtschaft bewirken den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrise der besiegten Mittelmächte und wuchs sich zur Weltwirtschaftskrise aus.“

Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftselend für seinen Vorteil auszunutzen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verkleinerung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Allesgewinne wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die prägnanteste Ausbeutung der Auslands konkurrenz eine ungeheure Preisdiktatur entfalten konnte.

Die Folgen sind: wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der bedrängten Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als vergeblich erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Übel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu beseitigen.

Die Lösung der Weltkrise ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Waren- und Austausch sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgelegte Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in innigem Einklang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der unsterblicher Gewerkschaftsinternationale handeln.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuwirken. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre verheerenden Folgen bemüht und nachdrücklich zu führen, erklärt der Verbandstag der deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weisung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Aufrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates heißt der Verbandstag gut.

Weiter erklärt der Verbandstag für unerlässlich:

1. den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopf- arbeiter;
2. die Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter;
3. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet;
4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmliche Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges;
5. ein wohlausgebautes System von Betriebs- und Wirtschaftskassen, das der Entfaltung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt;
6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu befähigen;
7. Beseitigung der Klassenjustiz. Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnis wirtschaftlicher Unternehmungen festlegt.

Aug. Haas, Köln
Kunze, Rummel
Reichel
Ruse
Frenke
Watschipski
Gust. Haas, Dsnabrück
Urich
Reichgräber
Kronsbage
Gisla
Scheer

Die R.P.D.-Fraktion brachte dazu einige Änderungsanträge ein und beantragte vor allem die Hinzufügung eines Satzes, wonach der Verbandstag eine Delleitana an den Arbeitsgemeinschaften ablehnt.

Diesmann betonte demgegenüber, daß dieser Antrag ein klar erkennbares Mandat der R.P.D.-Fraktion sei. Er sei ganz überflüssig, denn es sei wiederholt vom Vorstand erklärt worden, daß nicht davon die Rede sein könne, Arbeitsgemeinschaften, wie sie 1918 gegründet worden seien, beizutreten und das sei auch von keiner Seite auf dem Verbandstag beantragt worden. Etwas ganz anderes sei es, wenn der Verband in Eigenwirtschaftsbund und in den Außenhandelsstellen durch von ihm bestimmte Vertreter die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen habe und weiter wahrzunehmen werde. Bei Ablehnung des Antrags der R.P.D.-Fraktion hätte also niemand das Recht, den Verband zu beizutreten, daß er Arbeitsgemeinschaften angehöre.

Der Zusatzantrag der R.P.D. wurde in namentlicher Abstimmung mit 619 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Die gemeinsame Resolution der S.P.D. und U.S.P. wurde hierauf gegen die Stimmen der R.P.D.-Delegierten angenommen.

Einen breiten Raum auf dem Verbandstag nahmen dann noch am Sonnabend und Sonntag die Berichte der Beschwerdekommmission über die vorliegenden Beschwerden ein. Neben einer großen Reihe weniger wichtiger Fälle kam hier vor allem die Beschwerde des Vorstandes gegen den Entschluß des Ausschusses in Sachen der vom Vorstand wegen der Teilnahme an der von der R.P.D.-Fraktion einberufenen Reichskonferenz ausgeschlossenen Mitglieder in Betracht. Die Kommission hatte vor allem die prinzipielle Frage geprüft, ob der Vorstand berechtigt war, die Teilnahme an der Konferenz zu verbieten und hat diese Frage mit 16 gegen 2 Stimmen bejaht, da die Berechtigung der Einberufung von Reichskonferenzen der Metallarbeiter nur dem Vorstand zustehe und es sich hier nicht etwa um eine rein politische Zusammenkunft von nur R.P.D.-Mitgliedern gehandelt habe, sondern auch S.P.D.- und U.S.P.-Mitglieder eingeladen waren. Der Vorstand hatte wiederholt vor der Teilnahme an der Konferenz gewarnt, daher sei der Ausschluß der Mitglieder berechtigt, die sich trotzdem beharrlich geweigert haben, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten und ausdrücklich erklärt haben, daß sie auch in Zukunft so handeln würden.

Dem Vertreter der R.P.D. Maljahn-Berlin, wurde eine längere Redezeit gewährt. Er betonte, daß die Reichskonferenz die Ansicht gehabt habe, die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu wahren und nicht anders gewertet werden dürfe als ähnliche frühere Konferenzen. Auch habe es die Kommission mit Stimmengleichheit abgelehnt, in eine Prüfung der Einzelfälle einzutreten. Wenn es erst sei mit dem Streben nach einem einheitlichen, geschlossenen Verbande, der dürfe kein Ausnahmengesetz für die Kommunisten schaffen.

Sichert (Stuttgart) bringt die Stellung der Minorität des Vorstandes zum Ausdruck. Der Beschluß des erweiterten Beirates, wonach derjenige nicht Funktionär des Verbandes sein kann, der seine Stellungnahme innerhalb des Verbandes abhängig macht von Weisungen, die er von Stellen bekommt, die außerhalb des Verbandes stehen, bezieht sich doch nur auf Schädlinge der Organisation. Wir wiesen den Beirat darauf hin, die Folge werde dieselbe sein wie damals, als 1917 der Parteiausschuß der alten Partei beschloß, daß diejenigen sich außerhalb der Organisation stellen, die an Zusammenkünften der damaligen Opposition teilnehmen. Dagegen liefen wir Sturm als ein Ausnahmengesetz. Die Kollegen, die in Stuttgart mit mir diesen Standpunkt einnahmen, haben sich aber geändert, seitdem sie selbst an der Stelle sitzen, gegen die sie früher Opposition gemacht haben. Die Kollegen von der R.P.D.-Fraktion haben nichts anderes getan, als die Opposition der U.S.P. vor dem Stuttgarter Verbandstag und sie hatten ein viel größeres Recht dazu, denn vor der Reichskonferenz erfolgte der Beschluß des erweiterten Beirates und der Parteitag in Halle, von dem ab alle Kollegen, die zur R.P.D. übergingen, mit einmal als Schädlinge des Verbandes betrachtet wurden. Daß das Ganze ein Ausnahmeverfahren ist, ist durch den Verlauf der Ausschlußverfahren bestätigt. Untersuchungskommissionen haben einstimmig in einzelnen Fällen den Ausschluß abgelehnt und der Vorstand hat dann einfach eine neue Kommission eingesetzt. Der Vorstand hat die ganzen Beschwerden innerhalb einer halben Stunde, ohne die Akten zur Hand zu haben, erledigt. (Hört! Hört!) Ähnlich scheint man auch in der Beschwerdekommision vorgegangen zu sein.

Händle (Stuttgart): Der Vorstand konnte die Akten nicht mehr heranziehen, da ihm die Mitteilung des Ausschusses erst zuging, als sich die Akten bereits auf dem Wege nach Jena befanden. Im Falle des Kollegen Jörn (Gera), der erklärt hat, durch seine Teilnahme an der Konferenz nicht die Absicht gehabt zu haben, die Organisation zu schädigen und sich bereit erklärte, sich in Zukunft ganz auf den Boden des Statuts zu stellen, ist der Vorstand für Zurückverweisung der Beschwerde an den Gesamtvorstand. In dem einen angeordneten Falle ist der Vorstand deshalb über den Antrag der Untersuchungskommission hinausgegangen, weil der betreffende Mitglied des Beirates ist und die Folgen der Teilnahme an der Reichskonferenz auf Grund der erfolgten Warnung seitens des Vorstandes mußte ermaßen können.

Der erweiterte Beirat hatte im Januar den Vorstand aufgefordert, gegen diejenigen mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen, die in Verfolg der Moskauer Erklärungen den Verband schädigende Handlungen begehen. Zu solchen Vorschriften hat der Beirat das statutarische Recht. Als die Aufforderung zu der Reichskonferenz erschien, hat daher der Vorstand, wie gesagt, davor gewarnt, dieser Einladung Folge zu leisten. Es sei in Bezirks- und Bezirkskonferenzen genügend Gelegenheit, sich innerhalb der Organisation auszusprechen. Außerdem könne eine außerordentliche Generalversammlung herbeigeführt werden. In der Einladung zur Konferenz heißt es z. B.: „Unser Gewerkschaftsvorstand weigert sich, den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen.“ Auf der Konferenz hat Rich. Müller nach einem Bericht der Noten Fahne gesagt: „Das Unternehmertum stellt die Gewerkschaftsbürokratie öffentlich in seine Dienste. Diese Reipart und Diesmann haben ein Schuß- und Trugbündnis mit den Schriten und Dirschen geschlossen.“ Das ist eine unerhörte Verdächtigung. Nach alledem mußte der Vorstand gegen die Teilnehmer der Konferenz einschreiten. Die Behauptung, es werde nur gegen die Kommunisten vorgegangen, widerspricht den Tatsachen. Seiner politischen Überzeugung wegen wird bei uns niemand ausgeschlossen. Aber diese Konferenz ist nur eine Begleiterscheinung dessen, daß von außenstehenden Personen die Zersplitterung unserer Gewerkschaften versucht wird. Diejenigen, die der Vorstand ausgeschlossen hat, haben durchweg erklärt, sie hätten mit vollem Bewußtsein gehandelt und würden in ähnlichen Fällen wieder so handeln. Das ist keine gewerkschaftliche Disziplin. Sie sind Hüter und Richter über die Zukunft der Organisation! Es hieße jedem einen Freibrief ausstellen, zu handeln, wie es ihm beliebt, wenn hier dem Vorstand Unrecht gegeben wird.

Ein Antrag der R.P.D.-Fraktion, die Sache an die Kommission zurückzuverweisen mit dem Auftrag, zu den einzelnen Fällen Stellung zu nehmen, wird mit 431 gegen 286 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Beschwerdekommision, die Ausschüsse zu beauftragen, also sich der Ansicht des Vorstandes anzuschließen, wurde mit 625 gegen 208 Stimmen angenommen.

Von den einzelnen Beschwerdefällen wäre noch hervorzuheben die von Diesmann in seinem Vorstandsbericht erwähnte Beschwerde im Falle Jipsel, der den Gauleiter Liebe-Dröden in dem halbesche kommunikativen Organ in einem Artikel „Ein echter Gewerkschaftsrenegat“ schwer angegriffen hatte durch Wiedergabe von bei ihm als Mitglied der Bezirksbeschwerdekommision eingegangenen Beschwerden gegen Liebe, die aber noch gar nicht verhandelt worden waren und sich nachher als unbegründet herausgestellt hatten. Der vom Vorstand verfügte Ausschluß Jipsels wurde vom Verbandstag bestätigt.

In einem Streitfalle zwischen Vorstand und Verwaltungsteile Stuttgart wurde in der Kommission eine Verständigung dahin herbeigeführt, daß die Verwaltungsstelle Stuttgart sich verpflichtet, so schnell wie möglich eine Kommission einzusetzen, unter Hinzuziehung von zwei vom Vorstand zu bestimmenden Kollegen, um ein neues Ortsstatut auszuarbeiten.

Zum Schluß hatte der Verbandstag die Wahl des Vorstandes und Ausschusses zu erledigen. — Hier verlangte die R.P.D.-Fraktion durch Maljahn-Berlin im Vorstand entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung zu bekommen. Sie schlug Sichert und Wegmann als Sekretäre und ferner zwei Beisitzer und zwei Ersatzleute vor. Das

Resultat der Vorstandswahl war das folgende. Vorsitzende: Dis-

Die Kandidaten der R.P.D. Wegmann und Sichert erhielten 109

Dieser Mann dankt im Namen der Gewählten für das durch die

Nach einigen herzlichen Abschiedsworten des Sekretärs des Inter-

Sie haben in musterwürdiger Weise mitgeholfen, das gewaltige

Alle Neben, Beschlüsse und Handlungen der Generalversammlung

haben zum Ausdruck gebracht, daß wir ausnahmslos des festen

Wir werden dann zu den alten Erfolgen neue suchen,

Unter lebhaftem Beifall stimmten die Teilnehmer des Verbands-

Die Delegierten stimmten stehend den ersten Beschlüssen der Inter-

Damit schließt der Verbandstag abends gegen 9 Uhr.

Bekämpft die Reaktion, heißt dem russischen Volk!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (I.G.B.) verurteilt folgenden Antrag, der zugleich als Antwort auf

Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungernde

Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Ent-

In Deutschland war die Ermordung Erbergers die feige Ant-

Die sozialistische Bewegung aller Länder verfügt über ge-

Diese Reaktion, die in Deutschland, Spanien, Ungarn, Süd-

Diese Reaktion, die in Deutschland, Spanien, Ungarn, Süd-

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Reaktionen

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Reaktionen

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Reaktionen

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Reaktionen

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Reaktionen

Zu Hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland. Millionen

Die Situation für Rußland muß zu einer

Kameraden! Bewahrt eure proletarische Treue. Bekämpft die

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

An der Berichterstattung über die Arbeitslage in der Woche

Table with 4 columns: Berichtswache, Vormoche, Betriebe, Arbeiter. Rows: Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit.

Die Zahl der Kurzarbeiterbetriebe verringerte sich diese Woche

Table with 2 columns: Woche vom 1. bis 7. August, 7. 14., 14. 21., 21. 28., 28. August bis 4. September, 4. bis 11. September.

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in der

Table with 6 columns: Bezirk, Betriebe, Arbeiter, Stillgelegt, Kurzarbeit. Rows: Königsberg, Glatz, Breslau, etc.

Zusammen 717 2742 2019 394 26 119 1883 201 207 7262 1166 123 931

Die Zahl der beobachteten Betriebe ist ganz erheblich größer als die Angaben

Eine wesentliche Erinnerung der Kurzarbeiterziffer gegenüber

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben

Table with 4 columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter, Stillgelegt, Kurzarbeit.

Die Zahl der unter 24 Stunden arbeitenden Betriebe und Arbeiter

Es ist demnach in der Berichtswache ein weiterer Rückgang der

Table with 2 columns: Woche vom 1. bis 7. August, 7. 14., 14. 21., 21. 28., 28. August bis 4. September, 4. bis 11. September.

Es ist demnach in der Berichtswache ein weiterer Rückgang der

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 2. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag

Für den Bezirk Breslau wird zum sofortigen Antritt ein

gesucht, der mit den Einrichtungen unseres Verbandes völlig

Für den Bezirk Frankfurt a. M. wird zum sofortigen Antritt ein

Bezirkssekretär gesucht, der mit den Einrichtungen unseres Verbandes völlig

Das Gehaltsverhältnis regelt sich in beiden Fällen nach dem

Saut Beschluß des Jeraer Verbandstages beträgt ab 30. Ok-

Klasse I: 4.- M. In diese Klasse gehören alle über 18 Jahre

Klasse II: 2,50 M. In diese Klasse gehören alle über 16 Jahre

Klasse III: 0,70 M. In diese Klasse gehören alle Lehrlinge,

Klasse IV: 0,30 M. In diese Klasse gehören die invaliden

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbands-

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Elektromonteur nach Schwerin i. M. St.; nach Wärs-

von Feilen- und Schleifern nach Bochum (Mummenhoff & Stegemann) D.;

von Schmiedemeistern nach Lüdenscheid L.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chem-